

P R O T O K O L L
der 348. Sitzung des Grossen Gemeinderats

Datum	Dienstag, 23. Oktober 2012
Zeit	19.30 - 22.40 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Marti Beat
Mitglieder	Aebersold Jürg, Bärtschi Annik, Bärtschi Daniel, Bärtschi Markus, Brunner Joe, Burkhard Fabian, Corti Andrea, Damke Andreas, Eber Béla, Ferreira António, Gautschi Stefan, Gossweiler-Ebnetter Jsabelle, Graham Marina, Grubwinkler Christa, Häusermann Martin, Humm Martin, Kämpf Marcel, Kästli Marc, Kauth Adrian, Kneubühler Peter, Lack Stephan, Mallepell Elisabeth, Manz Matthias, Näf-Piera Virtudes, Raaflaub-Minnig Ruth, Ritschard Daniel, Schmitter Beat, Schneider Beat, Schwander Fritz, Sigrist Roman, Stäheli Katharina, Stettler Jürg, Treier Hannes, Wegmüller Beat, Wenger-Kupferschmied Ursula
StimmzählerIn	Grubwinkler Christa, Schneider Beat
Vertreter des Gemeinderats	Saxer Hans-Rudolf, Gemeindepräsident Aeschimann Pia, Gubler-Geelhaar Patricia, Hässig Vinzens Kornelia, Künzi-Egli Barbara, Pedinelli Stotz Daniela, Staub Christian
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Zusätzlich anwesend	Schmid Beat, Finanzverwalter
Entschuldigt abwesend	GGR: Brügger Yong, Friedli Rolf, Grütter Urs, Lüthi Adrian
Protokoll	Koch Anni, Gemeindeschreiberin-Stv.

Geschäfte 18

Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 21. August 2012	608
2	Sitzungstermine 2013	608
3	Umweltschutzkommission; Änderung von Ziffer 9 des Anhangs zur Gemeindeordnung	608
4	Sozialkommission; Änderung von Ziffer 10 des Anhangs zur Gemeindeordnung	609
5	Schulkommission; Änderung von Ziffer 6 des Anhangs zur Gemeindeordnung	609
6	Investitions- und Finanzplan 2012 - 2017 Genehmigung des Voranschlags, des Gemeindesteueransatzes, der Liegenschaftssteuer, der Feuerwehropflichtersatzabgabe und der Hundetaxe für das Jahr 2013	617
7	Ortspolizeireglement; Teilrevision	628
8	Umsetzung des Berner Energieabkommens (BEakom) in den Jahren 2013/2014; Bewilligung Rahmenkredit	629
9	Schulsozialarbeit; definitive Einführung	631
10	Motion Kneubühler (FDP): Durchgehender beidseitiger Velostreifen für den Dennigkofenweg	633
11	Überparteiliche Motion zur Schaffung einer parlamentarischen Regional- oder Agglomerationskommission	634
12	Motion forum betr. Einführung eines Ortsbusses	635
13	Postulat Humm (EVP) betr. unbefriedigender Abfallsituation am Aareufer	635
14	Postulat FDP/jf: Lärmbelastung und Sicherheit Flugplatz Bern-Belpmoos	636
15	Interpellation Wegmüller (SP) zur Turnhalle der International School of Berne AG	638
16	Interpellation Manz (SP) betr. Konzept des Gemeinderats für die Besetzung der Kommissionspräsidien	638
17	Informationen des Gemeinderats	638
18	Neue parlamentarische Vorstösse	639

Der Vorsitzende eröffnet die 348. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 36 Ratsmitgliedern fest. Er begrüsse die Mitglieder des Gemeinderats und des Grossen Gemeinderats, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse sowie die Gäste. Als neues Mitglied des GGR heisse er Katharina Stäheli als Nachfolgerin von Florian Elsinger im Rat willkommen. Weiter begrüsse er Finanzverwalter Beat Schmid, welcher zu allfällig auftauchenden Fragen zum Budget sicher kompetent Auskunft geben können.

Sollte die Zeit heute Abend nicht für alle Traktanden ausreichend sein, würde die November-Sitzung stattfinden und die fehlenden Traktanden anlässlich dieser Sitzung behandelt. Sollten alle Traktanden heute Abend behandelt werden können, finde die November-Sitzung nicht statt.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1 Protokoll der Sitzung vom 21. August 2012

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

2 Sitzungstermine 2013

Es erfolgen keine Wortmeldungen aus dem Rat.

Beschluss (einstimmig)

Die Sitzungen werden wie folgt festgelegt:

Dienstag, 19.30 Uhr

22. Januar	25. Juni
19. Februar	20. August
19. März	17. September
30. April	22. Oktober
28. Mai	19. November

3 Umweltschutzkommission; Änderung von Ziffer 9 des Anhangs zur Gemeindeordnung

Jürg Stettler führt als GPK-Sprecher aus, die GPK sei wie auch der Gemeinderat der Meinung, dass der Bereich Energie heute einen höheren Stellenwert habe, als in der Vergangenheit. Möglicherweise werde er zukünftig sogar noch einen höheren haben, als dies heute der Fall sei. Das vorliegende Geschäft sei aus Sicht der GPK deshalb eine logische formelle Zuweisung des Aufgabengebiets Energie an die Umweltschutzkommission. Die GPK empfehle, den gemeinderätlichen Antrag zu genehmigen.

Kornelia Hässig verzichtet als gemeinderätliche Sprecherin auf ein Votum.

Eintreten wird nicht bestritten.

Beat Schmitter führt namens der FDP/jf-Fraktion aus, die Gemeinde Muri habe sich in den letzten Jahren, nicht zuletzt gestützt auf Vorstösse der Umweltschutzkommission, intensiv mit Energiefragen befasst. Das Hauptereignis sei vermutlich die Unterzeichnung der BEakom-Vereinbarung mit dem Kanton Bern im Januar 2010 gewesen, welche eine Vielzahl von energiepolitischen Verpflichtungen und Vorgaben enthalte. Daraus hervorgegangen seien – wie den Unterlagen zu entnehmen sei – wichtige Projekte, wie die Erstellung eines Energierichtplans, die Nutzung von HACO-Abwärme u.a. durch das Siloah sowie ein Programm zur Sensibilisierung der Be-

völkerung. In einer ersten Phase seien die BEakom-Projekte durch eine Projektgruppe geführt worden, bestehend aus Mitgliedern der Verwaltung und der USK. Allfällige Anträge der Projektgruppe an den Gemeinderat seien via USK dorthin gelangt. Jetzt sei die Startphase vorüber und es erscheine der FDP/jf-Fraktion sinnvoll, dass nun die USK direkt diese Aufgaben übernehme, weshalb sie dem gemeinderätlichen Antrag zustimme. Wünschenswert wäre, dass bei der nächsten Revision der Gemeindeordnung – und nicht nur der Anhänge – der Namen der Umweltschutzkommission in "Umwelt- und Energiekommission" geändert würde. Dies sei derzeit nicht möglich, da dafür eine Volksabstimmung durchgeführt werden müsste.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird weder von Jürg Stettler noch von Kornelia Hässig verlangt.

Beschluss (einstimmig)

1. Die Änderung von Ziffer 9 des Anhangs zur Gemeindeordnung vom 23. Mai 2000 wird erlassen. Sie tritt per 1. Januar 2013 in Kraft.
2. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

4 Sozialkommission; Änderung von Ziffer 10 des Anhangs zur Gemeindeordnung

Béla Eber führt als GPK-Sprecher aus, der Gemeinderat begründe den Wechsel der bisherigen Praxis für die Bestellung des Präsidiums in erster Linie mit der Kontrollfunktion der Kommission. Ausserdem liege mit der Antwort auf die Interpellation Manz (heutiges Traktandum 16) die genaue und detaillierte Begründung für die beantragten Änderungen vor. Die Mitglieder der GPK hätten einstimmig festgestellt, dass die beantragte Änderung von Ziffer 10 des Anhangs zur Gemeindeordnung der nächste logische Schritt zu einer kleinen politischen Reorganisation sei. Die GPK empfehle deshalb, die beantragte Änderung zu beschliessen.

Pia Aeschmann verzichtet als gemeinderätliche Sprecherin auf ein Votum.

Eintreten wird nicht bestritten.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird weder von Béla Eber noch von Pia Aeschmann verlangt.

Beschluss (einstimmig)

1. Die Änderung von Ziffer 10 des Anhangs zur Gemeindeordnung vom 23. Mai 2000 wird erlassen. Sie tritt per 1. Januar 2013 in Kraft.
2. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

5 Schulkommission; Änderung von Ziffer 6 des Anhangs zur Gemeindeordnung

Peter Kneubühler führt als GPK-Sprecher aus, beim vorliegenden Traktandum handle es sich sozusagen um ein Schwestergeschäft des vorhergehenden Traktandums 4. Die GPK habe sich einlässlich mit der beantragten Änderung von Ziffer 6 des Anhangs zur Gemeindeordnung befasst. Dabei seien der GPK etliche sachliche und logisch nachvollziehbare Gründe geliefert worden, warum die Schulkommission bezüglich Präsidium gleich behandelt bzw. gestellt werden sollte, wie die Bau- und die Sozialkommission. Insbesondere sei anlässlich der GPK-Sitzung auf die gemeinde-

rätlichen Ausführungen im Zusammenhang mit der Interpellation Manz (heutiges Traktandum 16) verwiesen worden.

Die GPK habe an ihrer Sitzung auch den Brief der Schulkommission zur Kenntnis genommen, in welchem verlangt werde, dass mit der Besetzung des Schulkommissionspräsidiums zugewartet werden sollte, bis die Neuorganisation der Schule Muri-Gümligen abgeschlossen sei (ca. Mitte 2015). Die GPK sei nach Würdigung aller damals vorliegenden Informationen und nach eingehender Diskussion zum Schluss gelangt, dass die vom Gemeinderat angeführten Gründe sachlich schlüssig seien und dass das Präsidium der Schulkommission folgerichtig dem zuständigen Mitglied des Gemeinderats übertragen werden sollte. Die GPK empfehle dem Parlament einstimmig, den Antrag des Gemeinderats zu genehmigen.

Daniela Pedinelli führt aus, der rational denkende Mensch würde nun davon ausgehen, bei diesem Geschäft gebe es nichts mehr zu diskutieren, nachdem der Rat die Präsidien der Baukommission und der Sozialkommission an das jeweils zuständige Mitglied des Gemeinderats übertragen habe. Die Anwesenden wüssten aber, dass dies nicht der Fall sei. Vielleicht sei dies ja auch zu erwarten gewesen, da es darum gehe, bestehende Organisationsstrukturen im Schulbereich aufzubrechen und einen kleinen – sie betone "kleinen" – neuen Weg zu gehen. Dem Gemeinderat sei dies bewusst. Bewusst sei ihm auch, dass im Wahljahr die Gefahr von sogenanntem Staatsversagen besonders gross sei. Von Staatsversagen werde jeweils gesprochen, weil Politikerinnen und Politiker primär meistens wiedergewählt oder neu gewählt werden möchten und die objektiv richtige Lösung dadurch manchmal etwas in den Hintergrund gedrängt werde. Deshalb müsse sie nun eben etwas ausholen, aber sie werde nicht zu lange werden.

Der Schulbereich sei in unserer Gemeinde einer der wichtigsten Bereiche und dies nicht nur, weil die Schule für unsere Gesellschaft von sehr grosser Bedeutung sei. 14 % der laufenden Ausgaben der Gemeinde würden in den Schulbereich fliessen. Seit 1990 seien von den Gesamtinvestitionen 28 % der Schule zugute gekommen. Mehr als die Hälfte des Gemeindepersonals seien Lehrkräfte. Die Schulkommission habe – wie die Baukommission und die Sozialkommission – Verfügungsbefugnis. Sie erlasse Verweise, Gefährdungsmeldungen, sei für den Schulausschluss zuständig und für den vorzeitigen Schulaustritt. Damit habe die Schulkommission im Minimum die gleiche Bedeutung wie die ebenfalls sehr wichtige Baukommission. Aber nicht nur das: Der Schulkommission seien gleichzeitig gesamthaft ca. 140 Personen unterstellt. Sie habe mit dieser Unterstellung eine Aufsichts- und Führungsbefugnis, die sehr wichtig sei. Umso wichtiger sei ihre Unabhängigkeit von der Schule. Eine Aufsichtsbehörde könne ihre Funktion nur wahrnehmen, wenn die Unabhängigkeit gewährleistet sei. Auch ein Blick über unsere Gemeindegrenzen hinweg bestärke den gemeinderätlichen Antrag. Die allermeisten Gemeinden im Kanton Bern hätten das Schulkommissionspräsidium der zuständigen Person des Gemeinderats übertragen. Dies sei nach reiner Organisationslehre sicherlich auch die intelligenteste Lösung, wenn man eine Schulkommission beibehalten wolle. Das oberste Exekutivorgan einer Gemeinde müsse nämlich die Verantwortung für das Gesamte tragen können und dies sei nur möglich, wenn eine direkte Führungskompetenz gegeben sei. Wenn dem nicht so sei, seien in Problemfällen Spannungsfelder vorprogrammiert, wie wir sie in unserer Gemeinde im Zusammenhang mit der Baukommission leider schon hätten erfahren müssen. Die Zügel müssten am Kopf der Organisation zusammenlaufen, ansonsten sei die Organisation im Effekt kopflos und dies koste erstens Geld und zweitens unnötige Energie. Ineffizienz, Kompetenzgerangel und letztlich auch Frustrationen seien vorprogrammiert. Die Schulkommission trage nicht die Verantwortung für die ganze Gemeinde, diese trage der Gemeinderat. Wolle man Strukturen, welche Effizienz ermöglichen würden, müsse die Exekutive gestärkt werden, wie bei den anderen Kommissionen auch. Dadurch werde im Übrigen die Schulkommission auch

gestärkt. Heute sei sie nämlich schwach. Dies sage sie, da sie wisse, wovon sie spreche. Sie sei selber jahrelang Mitglied der Schulkommission gewesen und wisse, dass das Gesamtgremium aus ihrer Sicht nie wirklich in der Lage gewesen sei, seine Aufsichts- und Führungsfunktion wahrzunehmen. Sie spreche vom Gesamtgremium. Das jeweilige Präsidium arbeite sehr nah mit den Schulleitungen zusammen.

Es würden jedenfalls sicherlich wertvolle Synergien entstehen, wenn das zuständige Gemeinderatsmitglied auch das Schulkommissionspräsidium inne habe. Die Person wäre bei den Entscheidungen viel "näher dran", sie kenne den "Laden" und das wohl fast so gut, wie die Schulleitungen. Eine Stärkung der obersten Exekutivbehörde sollte nicht zuletzt auch im Interesse unserer grössten Partei, der FDP, liegen, stelle sie doch den Gemeindepräsidenten. Vor allem auf diesen falle im Problemfall dann letztlich zurück, was organisatorisch und strukturell unsauber geregelt sei. Viele könnten sich sicherlich noch an die Debatte rund um das Gümligenfeld erinnern. Angesichts ihrer damaligen Rolle finde sie es eigentlich ganz amüsant, dass sie heute diesen gemeinderätlichen Antrag vertrete und der FDP gerade dieses Beispiel vor Augen führe. Dies sei Ironie des Schicksals.

Wie der gemeinderätlichen Botschaft zu entnehmen sei, bestehe bei den Parteien die breit abgestützte Meinung, dass die Schulkommission in ihrer Rolle und Funktion beibehalten werden solle. Deshalb sei es ganz wichtig, dass nun nicht nur die Baukommission und die Sozialkommission, sondern gerade auch die Schulkommission näher an die Gemeinde herangeführt werde. Das hängige Reorganisationsprojekt betreffe seit dem Abschluss der in diesem Sommer durchgeführten Vernehmlassung die tiefere Stufe und tangiere die Schulkommission nicht mehr. Falls die Parlamentarierinnen und Parlamentarier der nächsten Legislatur im Rahmen der anstehenden Revision des Schulreglements beschliessen würden, einzelne Zuständigkeiten der Schulkommission zum Gemeinderat zu verschieben – was der Gemeinderat nicht glaube –, so sei doch eines sicher, nämlich dass die Verfügungskompetenzen der Kommission davon nicht betroffen wären, höchstens vielleicht die Anstellungs- und Entlassungskompetenz für die Schulleitungen. Die Schulkommission werde also in jedem Fall eine Kommission mit Verfügungsbefugnis bleiben und damit sei sie immer noch vergleichbar mit den anderen Kommissionen. Die beiden anderen Kommissionen hätten einfach kein Personal, das ihnen unterstellt sei.

Der Gemeinderat sei deshalb – übrigens einstimmig, was hier indessen irrelevant sei, da der Antrag so oder so vertreten werden müsse – davon überzeugt, dass es für unsere Gemeinde das Beste sei, auch das Präsidium der Schulkommission an das zuständige Gemeinderatsmitglied zu übertragen. Es liege selbstverständlich gleichzeitig auf der Hand, dass eine derartige Änderung – wenn man sie dann wolle – auf den Anfang einer Legislaturperiode gelegt werde. Da der Gemeinderat mit der Zustimmung des Rats ja auch bei den anderen Kommissionen entsprechend aufräume, wäre nicht nachvollziehbar, weshalb ausgerechnet bei der Schulkommission länger zugewartet werden sollte. Die hängige Reorganisation betreffe wie gesagt nur die untere Stufe und sei kein gültiges Argument. Die Änderung auf den Anfang der Legislaturperiode ermögliche, dass sich die zuständige Ressortvorsteherin oder der zuständige Ressortvorsteher sofort einarbeiten könnte und nicht erst dann, wenn die Legislatur schon bald wieder zu Ende wäre. Im Schulbereich gebe es viel zu tun, das wüssten alle. Umso mehr würden die Stimmen erstaunen, die im Zusammenhang mit diesem Antrag zu vernehmen seien. Am Schluss ihrer Ausführungen wolle sie nur noch rasch zu einer Frage Stellung nehmen, die offenbar in einzelnen Fraktionen aufgetaucht sei: Vorliegend gehe es nur um das Präsidium der Schulkommissionen und um keinerlei versteckten weiteren Absichten des Gemeinderats. Die Änderung der Gemeindeordnung bilde haargenau die heutige rechtliche Ausgangslage ab. Es sei namentlich nicht die Absicht des Gemeinderats, Schulleitungsmitglieder, welche heute als Gäste in der Kommission anwesend seien, aus der Schulkommission zu

entfernen. Dies bestimme die Kommission selber. Schon heute seien juristisch gesehen die Schulleitungsmitglieder – mit Ausnahme der vorsitzenden Person – als Gäste in der Schulkommission und nur die vorsitzende Person der Schulleitungskonferenz habe ein gesetzliches Anrecht auf den Einsitz. Art. 28 Abs. 3 des Schulreglements regle dies entsprechend und der Antrag bilde dies haargenau ab. Der Rest werde damit nicht tangiert; es bleibe also alles so wie heute, was ändere sei einzig das Präsidium durch das zuständige Mitglied des Gemeinderats. Sie ersuche den Rat, gestützt auf ihre Ausführungen dem vorliegenden Antrag zuzustimmen. Es gehe wie gesagt um optimale Rahmenbedingungen, um die Führbarkeit unserer Gemeinde und um nichts anderes.

Eintreten wird nicht bestritten.

Jürg Aebersold erklärt, die SVP-Fraktion bitte um Rückweisung des gemeinderätlichen Vorschlags. Er sei Mitglied der Schulkommission und habe das letzte halbe Jahr oder die letzten Dreivierteljahre nicht mehr so ruhig miterlebt. Es sei genügend Zeit vorhanden, um das Geschäft noch einmal aufzunehmen und den Schulen sollte etwas Zeit eingeräumt werden, damit wieder etwas Ruhe einkehren könne. Deshalb beantrage die SVP-Fraktion die Rückweisung des Geschäfts.

Beat Wegmüller führt namens der SP-Fraktion aus, die Schule, die Schulorganisation und die Schulkommission seien nicht nur in unserer Gemeinde ein emotionales Thema. Es sei klar, dass die meisten Veränderungen Widerstand auslösen würden. Dies würden alle merken, auch er, wenn es ihn persönlich betreffe. Die Projekte der Schulraumplanung und der Schulorganisation seien komplex, aufwändig und kommunikationsintensiv und eben zum Teil auch sehr emotional. Häufig werde weniger der Projektprozess in den Mittelpunkt gestellt, sondern eher eine technokratische Lösung. Um was es heute Abend beim vorliegenden Geschäft gehe? Es gehe nur darum, wer in Zukunft die Schulkommission präsidieren. Um nichts anderes. Die Frage der Schulorganisation werde in einem späteren Projekt behandelt und er sei überzeugt, dass Gemeinderat und Schulkommission ihre Lehren ziehen würden. Man müsse die zwei Sachen auseinander halten, da sie sachlich gesehen nicht in einem direkten Zusammenhang stehen würden. Die Schulkommission habe nicht mehr die gleiche Aufgabe, wie vor 20 Jahren. Sie sei heute für die strategische Führung verantwortlich und für das operative Geschäft seien die Schulleiter zuständig. Dies sei übrigens auch bei der Sozialkommission so, wo der Rat soeben ohne Diskussion das Präsidium durch das zuständige Gemeinderatsmitglied beschlossen habe. Bei der bisherigen Regelung der Schulkommission könnte man sagen, dass das zuständige Gemeinderatsmitglied ein "Anhängsel" der Schulkommission sei. Es sei nämlich gleichgestellt, wie der Bereichsleiter Schulverwaltung und der Schulleiter. Mit der neuen Lösung werde zwischen Gemeinderat und Schulkommission eine grössere Verbindlichkeit hergestellt. Die SP sei überzeugt, dass von der besseren Übernahme von Verantwortung sowohl der Gemeinderat als auch die Schulkommission profitieren würden. Letztendlich trage der Gemeinderat die politische Verantwortung für das Schulwesen.

Er habe nachgeschaut, bei welchen grösseren Gemeinden mit Parlamenten die Schulkommission durch das zuständige Gemeinderatsmitglied präsidiert werde. Dies sei der Fall in Köniz, Langenthal, Langnau i.E., Lyss, Münchenbuchsee, Münsingen, Ostermundigen, Spiez, Steffisburg, Worb und Zollikofen. Das Geschäft müsse auch nicht vertagt werden, da eine neue Lösung des Präsidiums erst wieder auf das Jahr 2017 möglich wäre. Man könne doch nicht mitten in der Legislatur die Spielregeln ändern. Er fordere die Ratsmitglieder auf, den Sonderfall Muri bei Bern abzuschaffen und dem gemeinderätlichen Antrag zuzustimmen.

Adrian Kauth erklärt, dieses Traktandum habe die FDP/jf-Fraktion anlässlich der letzten Sitzung intensiv und lang beschäftigt. Grundsätzlich sei man sich über die vorgeschlagene Organisationsänderung in der Schulkommission einig gewesen. Die Fraktion könne die Überlegungen des Gemeinderats nachvollziehen, die dazu geführt hätten, dem Parlament den vorliegenden Vorschlag zu unterbreiten, wonach das Präsidium der Kommission der zuständigen Gemeinderätin oder dem zuständigen Gemeinderat zu übertragen sei. Was dann aber zu einer angeregten Diskussion in der Fraktion geführt habe, sei der Zeitpunkt der vorgeschlagenen Änderung. Im Gegensatz zur Bau- oder zur Sozialkommission, wo das Präsidium durch die zuständige Gemeinderätin oder den zuständigen Gemeinderat gehalten werde, sei in der Schulkommission eine Reorganisation im Gang. Ein erster Neuorganisations-Vorschlag sei vor den Sommerferien als wenig tauglich taxiert und zurückgewiesen worden. Dass nun in diesem Prozess eine einzelne Massnahme isoliert betrachtet und vorgezogen werden solle, sei von mehreren Fraktionsmitgliedern nicht verstanden und als Salamtaktik taxiert worden. Im Rahmen eines Gesamtkonzepts "Schulorganisation" wären aber auch diese FDP/jf-Fraktionsmitglieder bereit, das Präsidium neu zu regeln. Die Fraktion habe aus diesem Grund beschlossen, die Diskussion im Parlament abzuwarten, bevor sie für oder gegen das Geschäft Stellung beziehe.

Stefan Gautschi führt aus, die forum-Fraktion habe sich auf die Fahne geschrieben, dass sie sachlich politisiere. Man habe die Unterlagen studiert und sei zum Schluss gekommen, dass man die Vorlage grundsätzlich annehmen wolle. Eine Reduktion der Anzahl Mitglieder gegenüber der heutigen Praxis werde begrüsst. Ebenso unterstütze das forum die stärkere Anbindung der Schulkommission an die Gemeindepolitik mit dem Gemeinderat. Dies bestärke das langfristige Ziel: Zwei Dörfer – eine Gemeinde – eine Schule. Zudem finde ein Abgleich mit den anderen Kommissionen statt, die gleich organisiert würden. Doch jetzt komme das "Aber": Das Ganze laufe nicht nur auf sachlicher Ebene ab, es seien auch Emotionen vorhanden. Das forum habe das Schreiben der Schulkommission sehr ernst genommen und dieses habe die Fraktion verunsichert. Beim Nachfragen bei den Mitgliedern der Schulkommission habe man festgestellt, dass offensichtlich zwischen den Mitgliedern der Schulkommission und der Ressortleitung irgendwo die Chemie nicht stimme. Man sei die Vermutung nicht los geworden, dass Spannungen dazu geführt hätten, dass die Schulkommission die Anpassung ablehne. Das Fazit des forums daraus sei – sofern andere Parteien nicht wichtige Gründe vorbringen würden –, den Wunsch zu äussern, nach den Wahlen die neuen Ressortzuteilungen zu überdenken. Vielleicht sei es ja auch der Wunsch der heutigen Ressortleitung, ein anderes Ressort zu übernehmen. Eine Zustimmung zur Anpassung bei der Schulkommission ohne Änderung der Haltung der Ressortleitung hätte allenfalls weitergehende Konsequenzen. Es sei von Staatsversagen die Rede gewesen, was das forum nicht nötig finde.

Die Frage des Vorsitzenden, ob es sich vorgängig seitens der SVP-Fraktion um einen Rückweisungsantrag gehandelt habe, wird von Jürg Aebersold bejaht. Der Vorsitzende hält fest, dass über diesen Antrag vor der Abstimmung abgestimmt werde und nun vorerst die weiteren Wortmeldungen gehört würden.

Matthias Manz (SP) erklärt, er komme nicht recht nach, auch aus dem Votum von Stefan Gautschi namens des forums. Alle würden wohl aus ihrer Berufstätigkeit wissen, dass es gewisse Fehler gebe, die man in Organisationen nicht machen sollte. Der "Organisations-Oberguru" (*gemeint ist Hannes Treier*) könne dies sicher auch bestätigen. Was man nicht machen sollte sei, Strukturen um Leute herum zu bauen und umgekehrt. Dies seien Fehler, die immer wieder gemacht würden und man stolpere immer wieder darüber. Es gehe nun nicht darum, welches Ressort Frau Pedinelli am 1. Januar 2013 habe. Erstens lägen Wahlen dazwischen; im November werde gewählt und der Gemeinderat werde vom Volk neu zusammengesetzt.

Zweitens werde der Gemeinderat in seiner völligen Freiheit anfangs Dezember die Ressorts zuteilen. Dazu habe der GGR nichts zu sagen, dies mache das Gremium Gemeinderat unter sich aus. Es sei nicht vorhersehbar, was dieses Gremium dort beschliesse. Dann werde feststehen, welche Personen ab 1. Januar 2013 welchen Ressorts vorstehen würden. Man habe aber jetzt auch keine Ahnung, wer in der Schulkommission sein werde. Es sei von Spannungen die Rede gewesen, aber man wisse ja gar nicht, wer nächstes Jahr Einsitz in der Kommission haben werde. Die Fraktionen und Parteien würden die Nominationen vornehmen. Nun gehe es darum, wer das Präsidium der Schulkommission übernehmen solle. Er bitte doch sehr darum, nicht den Fehler zu machen und zu sagen: "Frau Pedinelli hat persönliche Konflikte mit der Schulkommission oder umgekehrt" und gestützt darauf Beschlüsse zu fällen. Hannes Treier werde bestätigen können, dass man so etwas nicht mache. Man baue keine Strukturen auf einer momentanen Konstellation auf. Er finde es grundsätzlich sinnvoller, wenn versucht werde, die Unsicherheiten zwischen den Rollen – Schulkommission und Gemeinderat – zu lösen, zu Gunsten von beiden, damit die Schulen einen unmittelbaren Einfluss auf den Gemeinderat hätten und dass umgekehrt vom Gemeinderat ein direkterer Draht zur Schulkommission und zu den Schulleitungen bestehe. Wie Beat Wegmüller ausgeführt habe, müsse eine grössere Verbindlichkeit hergestellt werden. Die Schulen seien wirklich etwas sehr Wichtiges in unserer Gemeinde. Praktisch alle Anwesenden seien auf irgendeine Art davon betroffen – Familien, Schüler, Lehrer und Lehrerinnen usw. Er bitte darum, ohne Ansehen der Personen zu entscheiden, ob es richtig sei, wenn man Gemeinderat und Schulkommission durch das Präsidium näher zusammenbringe und wenn versucht werde, die Kompetenzdifferenz zu beheben. Was nachher mit dem Präsidium und den Mitgliedern laufe, könne den späteren Zeiten nach den Wahlen überlassen werden, vorerst einmal den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, nachher dem Gemeinderat. Dies seine Erläuterungen und sein Beitrag zur Debatte. Es sei gesagt worden, es wäre angebracht, wenn die Meinungen noch etwas gebildet werden könnten und nicht nach einer im Voraus gefassten Meinung abgestimmt werde.

Martin Häusermann (forum) führt aus, das Thema könne wirklich kontrovers diskutiert werden. Sachlich sei der Antrag korrekt, aber er sei auch der Meinung, dass der Zeitpunkt der falsche sei. Man müsse heute davon ausgehen, dass die Ressortleitung ab Januar 2013 dieselbe sein werde. Er habe dazu eine klare Haltung und sei in dieser Haltung heute durch das Votum der Ressortleiterin bestätigt worden. Wenn eine Ressortleitung so über die Schulkommission spreche, wie sie dies heute gemacht habe – nämlich völlig ohne Wertschätzung – und Aussagen mache, wonach die Schulkommission in den letzten Jahren überfordert gewesen sei (an die genaue Wortwahl erinnere er sich nicht mehr), so erachte er es als verdient, wenn der Rat zu einer konstruktiven Lösungsfindung beitrage. Insbesondere bei so einem wichtigen Ressort, wo es darum gehe, wichtige Projekte umzusetzen und konstruktive Lösungen zu finden. Dies sei der Grund, weshalb er den Rückweisungsantrag unterstützen werde. Es gehe hier – so Leid es ihm tue – nicht um die Sachebene, es gehe um andere Fakten. Man dürfe nicht einfach immer wegschauen und denken, es werde sich dann schon irgendwie lösen, nächstes Jahr sei die Schulkommission neu besetzt und diese Leute würden dann schon konstruktiv zusammenarbeiten können.

Hannes Treier (FDP) erklärt, nachdem ihn Matthias Manz als "Organisationsguru" – er danke für die Lorbeeren – angesprochen habe, wolle er nun doch etwas dazu sagen. Er sei im Grundsatz absolut einverstanden mit dem Antrag des Gemeinderats, dass die Verantwortung direkt an die zuständige ressortvorstehende Person übertragen werde. Unabhängig der Personen – er könne dies auch nicht beurteilen – meine er aber doch, es gebe gewichtige Argumente wenn man sage, es sei eine Reorganisation am Laufen, es sei bereits eine gestoppt worden, mit der man offensichtlich – wegen was auch immer – nicht zufrieden gewesen sei. Wenn eine Reorganisation am Laufen sei, würden möglicherweise Organisationsanpassungen vorge-

nommen werden müssen. Es würden vielleicht noch einige Varianten und Ideen auftauchen, wo Anpassungen vorgenommen werden müssten. Deshalb sei er der Meinung, es gebe eben auch sachliche Argumente die dafür sprechen würden, zuerst die Reorganisation durchlaufen zu lassen; vielleicht gebe es dann auch noch andere Sachen, über die man gleichzeitig beschliessen müsse. Man könne also mit einer absolut sachlichen Überlegung für diese Variante sein. Im Grundsatz unterstütze er – wie gesagt – den Antrag des Gemeinderats, aber mit Bezug auf das laufende Reorganisationsprojekt könne durchaus gesagt werden, dieser Entscheid sei nicht reif. Diese Meinung habe nichts mit den involvierten Personen zu tun, man könne einfach mit Blick auf das Reorganisationsprojekt dafür plädieren. Man habe gesagt, man wolle zuerst alle Meinungen anhören, mache dann ein Timeout und werde in Kenntnis aller Argumente entscheiden.

Andrea Corti (FDP) führt aus, er sei auch der Meinung, dass der Zeitpunkt zu früh sei, um diesen Antrag zu beurteilen. Wenn er Daniela Pedinelli richtig verstanden habe, habe sie gesagt, die Aufsichtsbehörde über die Schulen müsse unabhängig sein. Dies sei seiner Meinung nach bereits der Fall, indem wir die Schulkommission hätten. Weiter habe Daniela Pedinelli gesagt – wenn er dies richtig verstanden habe –, wenn nicht ein Mitglied des Kleinen Gemeinderats das Präsidium der Schulkommission inne habe, sei diese kopflos. Er wisse nicht, ob die Schulkommission dies gerne höre. Wenn er ebenfalls richtig gehört habe, habe sie gesagt, die Schulkommission sei bisher zu schwach gewesen, um Gesamtlösungen zu schaffen. Wenn ein Mitglied des Kleinen Gemeinderats mit einer Stimme Einsitz habe, ändere dies – falls es so gewesen sein sollte – auch nichts daran, da die anderen Schulkommissionsmitglieder ja ebenfalls stimmberechtigt seien. Bei der Baukommission und der Sozialkommission hätten wir nun schon den Einsitz eines Mitglieds des Kleinen Gemeinderats. Dies könne aber nicht verglichen werden mit der Schulkommission. Bei Letzterer liege ein laufendes Projekt, eine Baustelle vor. Bei den anderen beiden Kommissionen sei dies nicht der Fall, weshalb man dies nicht zusammen vergleichen könne. Im Weiteren stehe heute noch die Behandlung des Geschäfts Nr. 10 betreffend Velostreifen am Dennigkofenweg an. Dort argumentiere der Gemeinderat u.a., da ein laufendes Projekt im Gang sei, welches den ganzen Dennigkofenweg einbeziehe, sollten nicht einzelne Massnahmen herausgepickt werden. Deshalb gelange er zum Schluss, dass es zu früh sei, um über den vorliegenden Antrag abzustimmen. Dieser müsse zurückgewiesen oder verworfen werden. Dies bedeute aber nicht, dass der Punkt Präsidium durch das zuständige Gemeinderatsmitglied in dieser Kommission im Rahmen des Gesamtprojekts nicht ernsthaft geprüft werden sollte. Wenn er Daniela Pedinelli richtig verstanden habe, habe sie noch gesagt, dass im Wahljahr die Gefahr bestehe, dass die objektiv richtige Lösung verdrängt werde. Mit der von ihm geäußerten Meinung habe er nicht das Gefühl, er würde die objektiv richtige Lösung verdrängen, sondern eben gerade das Gegenteil.

Beat Schmitter (FDP) erklärt, Matthias Manz habe gesagt, man sollte nicht um Leute herum Strukturen errichten. Diesem Prinzip stimme er zu. Deshalb laute sein Vorschlag dahingehend, das Geschäft zurückzustellen, bis die Revision abgeschlossen sei und nachher darüber zu entscheiden. Nun müsse er noch etwas los werden: Wenn den Ratsmitgliedern quasi unterstellt werde, wenn sie nicht die auf dem Podium vorherrschende Meinung vertreten würden, so würden sie nur an die Wahlen denken, so möchte er sich ganz vehement dagegen verwahren.

Stefan Gautschi (forum) möchte eine Frage an Daniela Pedinelli richten. Sie sei nun sehr angesprochen worden und er wäre froh, wenn sie den Ratsmitgliedern erklären könnte, wie sie dies mit der Chemie mit der Schulkommission empfunden habe. Ob es ihr wohl wäre, wenn sie dieses Kommissionspräsidium nun übernehmen würde. Er hätte gerne, wenn sie etwas dazu sagen würde.

Daniela Pedinelli führt aus, sie wolle auch zu anderen Vorbringen kurz Stellung nehmen. Vielleicht hätten alle schon Reorganisationsprojekte geleitet. Sie jedenfalls habe schon Reorganisationsprojekte geleitet, die teilweise wesentlich komplexer gewesen seien, aber halt nicht im Volksschulbereich. Bezüglich der Aussage, dass die Chemie nicht stimme, müsse sie sagen, dass sie nie gemerkt hätte, dass dies der Fall gewesen wäre. Vielleicht sei sie gewissen Personen unsympathisch, das wisse sie nicht, dies stehe hier aber auch nicht zur Diskussion. Sie habe im Gegenteil eine hohe Wertschätzung für die Schulkommissionsmitglieder. Es sei ganz klar, wenn es um Stellen, um den eigenen Machtbereich und derartige Sachen gehe, werde teilweise härter diskutiert. Man sehe eine Sache etwas anders oder möchte den Bereich nicht verlieren, so wie man ihn jetzt halt wahrnehme und daran gewöhnt sei. Sie verstehe alle Personen, die diese Haltung einnehmen würden. Wenn bei ihr auf der Erziehungsdirektion eine Personalreorganisation passiere, sei sie vielleicht auch "hässig" auf bestimmte Leute, die gewisse Sachen wollten, die ihr halt nicht in den "Kram" passen würden. Dies sei etwas, was in Reorganisationsprojekten passiere und es sei dann halt einfach zu sagen: "Offensichtlich stimmt die Chemie nicht". Für sie stimme die Chemie absolut und es seien noch andere Personen dabei gewesen beim Reorganisationsprojekt, so Frau Gubler und zwei Experten. Diese seien auch nie befragt worden, wie sie es mit der Chemie sehen würden oder was abgelaufen sei. Bei denjenigen, die sich nun ein Bild zur Chemie gemacht hätten, sollte man sich fragen, mit wem sie gesprochen hätten und ob sie in diesem Sinn ein objektives Bild hätten. Soviel zur Chemie, aber wie gesagt tue dies eigentlich gar nichts zur Sache, denn die ressortvorstehende Person stehe nicht fest und die Schulkommissionsmitglieder würden auch nicht feststehen. In der neuen Legislaturperiode fange alles neu an und wie Matthias Manz gesagt habe, sollte man schon gar nicht ein Karussell um Personen herum machen. Es müsse einfach eine gute Entscheidung für unsere Gemeinde gefunden werden und um etwas anderes gehe es hier nicht. Es gehe nicht darum, ob sie eine grundsätzlich sympathische oder eine grundsätzlich unsympathische Person sei und wer ihr sympathisch oder unsympathisch sei. Dies sei einfach nicht Gegenstand dessen, was heute diskutiert werde.

Es sei der Vorwurf der Salamtaktik zu hören gewesen. Sie habe probiert zu erklären, dass nichts im Reorganisationsprojekt zurückgewiesen worden sei. Das Reorganisationsprojekt sei durchgeführt worden und in diesem Rahmen habe man auch diskutiert, ob die Schulkommission beibehalten oder abgeschafft werden sollte. Beide Lösungen wären denkbar. Nach der Vernehmlassung habe man klar gesehen, dass es die Schulkommission weiterhin geben sollte. Der ganze Gemeinderat stehe hinter diesem Antrag. Die Schulkommission solle also weiterhin bestehen und da mache es mehr Sinn, dass die weiteren Schritte, die untergeordneten Ebenen, so angegangen würden, dass das zuständige Ressortmitglied das Ganze an die Hand nehmen könne. Dies sei doch einfach objektiv der beste Weg. Bezüglich der kritischen Stimmen: Sie hätten völlig Recht, wenn im Raum stehen würde, was aus der Schulkommission werde. Aber wer wollte all die Verfügungen erlassen? Es sei ganz klar, dass es eine Schulkommission geben werde. Von daher verstehe sie ihrerseits die Haltungen und die Kritik nicht; dies sei doch keine Salamtaktik. Dieser Bereich werde damit abgeschlossen und dann fange die untergeordnete Stufe an. Dies könne man doch objektiv und in aller Ruhe angehen. Das Einzige, was klar gewesen sei, sei, dass eine Gesamtschulleitung, welcher die acht Schulleitungen unterstellt würden, auf ganz grossen Widerstand stosse. Diese ganze Ebene müsse man halt einfach in aller Ruhe und hoffentlich mit viel Sachverstand anschauen, unabhängig von einer persönlichen Ebene mit Sympathien und Antipathien.

Martin Häusermann habe gesagt, sie habe sich mit wenig Wertschätzung gegenüber der Schulkommission geäussert. Wenn dies so verstanden worden wäre, hätte man sie gänzlich falsch verstanden. Sie habe nicht gesagt, die Schulkommission sei schlecht. Sie habe gesagt in ihrer Gesamtfunktion – und dies sei eine sehr wichtige –

habe sie insgesamt eine schwache Stellung gehabt. Damit habe sie niemanden beleidigen wollen. Sie sei ja – wie erwähnt – selber Schulkommmissionsmitglied gewesen und sie meine deswegen nicht, sie hätte schlechte Arbeit geleistet. Die Schulkommision funktioniere als Milizbehörde. Die Leute würden nach einem langen Tag kommen, hätten viele Sitzungen hinter sich, einige seien besser vorbereitet, einige weniger. Es handle sich um einen wichtigen Bereich, den die Schulkommision inne habe und ihre persönliche Beurteilung sei, dass die Schulkommision als Gesamtkollegium schwach gewesen sei. Damit meine sie weder, dass die einzelnen Mitglieder schwach wären, und schon ganz und gar nicht, dass die Kommission schlecht wäre. Es handle sich einfach um ihre Feststellung. Sie möchte sich in aller Form entschuldigen, falls sie damit jemandem zu nahe getreten wäre. Dies wäre keinesfalls ihre Absicht gewesen, aber sie denke, man dürfe doch sagen, dass das Gesamtgremium insgesamt soziologisch gesehen eine schwache Stellung habe.

Das Schlusswort wird von GPK-Sprecher Peter Kneubühler nicht verlangt.

Adrian Kauth (FDP) beantragt ein Timeout.

Der Vorsitzende verfügt einen Sitzungsunterbruch von 10 Minuten.

Die Sitzung wird fortgesetzt. Der Vorsitzende erklärt, alle Parteien hätten die Möglichkeit, noch ein Statement abzugeben zum Entscheid, den sie in den Fraktionen zum Rückweisungsantrag der SVP gefällt hätten.

Stephan Lack (FDP) erklärt, die FDP/jf-Fraktion unterstütze mehrheitlich den Antrag der SVP auf Rückweisung.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Antrag SVP-Fraktion

Das Geschäft sei an den Gemeinderat zurückzuweisen.

Beschluss

Das Geschäft wird mit 18 zu 16 Stimmen bei 2 Enthaltungen an den Gemeinderat zurückgewiesen.

6 Investitions- und Finanzplan 2012 - 2017 Genehmigung des Voranschlags, des Gemeindesteueransatzes, der Liegenchaftssteuer, der Feuerwehrpflichtersatzabgabe und der Hundetaxe für das Jahr 2013

Béla Eber führt als GPK-Sprecher aus, die GPK stelle fest, dass das Budget für das Jahr 2013 sowie der Investitions- und Finanzplan für die Jahre 2012-2017 wie gewohnt hervorragend vorbereitet worden seien. Sie danke der Finanzverwaltung auch an dieser Stelle für die grosse Arbeit. Zum Inhalt stelle die GPK fest, dass der Rat diverse politische Fragen beraten könne bzw. könnte. So wäre da zum Beispiel die Frage, wer eigentlich Schuld daran sei, dass wir ein Defizit budgetieren müssten, oder aber das fast selbstverständliche Vorgehen der Schuldenerhöhung. Ebenfalls bemerkenswert sei, dass in einer solchen Situation reflexartig der Vorschlag komme, die Einnahmen – sprich Steuern – zu erhöhen. Es wäre vielleicht auch gut, sich Gedanken darüber zu machen, wie man weniger ausgeben könnte. Die GPK habe einstimmig beschlossen, den Ratsmitgliedern die Annahme der beantragten Beschlüsse zu empfehlen.

Hans-Rudolf Saxer erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, er denke, es sei eine Binsenwahrheit wenn er hier festhalte, dass das finanzpolitische Umfeld im Moment sehr "garstig" sei. Zum Teil hätten auch Unternehmen in der Privatwirtschaft zu kämpfen und die öffentliche Hand stehe eigentlich vor einem sehr ähnlichen Problem. Was eigentlich im Kern dasjenige sei, mit dem wir heute konfrontiert seien? Es würden zwei Entwicklungen vorliegen, die für die öffentlichen Haushalte in einer Scherenbewegung münden würden, welche sich im Hinblick auf das Defizit auswirke. Auf der einen Seite herrsche eine relativ schwache Konjunktur. Wir hätten gewisse Einnahmefälle gestützt auf Entscheide, die der Grosse Rat im Rahmen der Steuergesetzrevision beschlossen habe. Dort müsse man feststellen, dass die Steuereinnahmen im Moment stagnieren, in einzelnen Bereichen sogar zurückgehen würden. Im Voranschlag 2013 rechne man bei den Einkommenssteuern bei den natürlichen Personen mit einem Betrag für das nächste Jahr, der um 4 % tiefer sei, als im laufenden Jahr. Auf der einen Seite hätten wir also stagnierende Erträge, auf der andern Seite steigende Aufwände. Die Krux, die er seit ca. 8 Jahren immer wieder beklagt habe – was gar nichts genützt habe, da der Grosse Rat selbstverständlich beschliesse, was er als richtig erachte, auch wenn dies dem Gemeindepräsidenten von Muri gar nicht passe –, sei, dass wir von übergeordneter Warte Jahr für Jahr zusätzliche Aufwendungen diktiert erhalten würden. Nur ein Beispiel sei, dass im Hinblick auf das Jahr 2013 wieder eine Steigerung des direkten Finanzausgleichs von CHF 850'000.00 vorliege. Man könnte nun sagen, den anderen Gemeinden gehe es ja gleich. Dies sei so, momentan könne fast täglich in der Zeitung über die Budgets von anderen Gemeinden gelesen werden. Er verfüge über eine Zusammenstellung, der er habe entnehmen müssen, dass sehr wenige Gemeinden einen ausgeglichenen Voranschlag unterbreiten könnten. In der ihm vorliegenden Zusammenstellung seien dies insgesamt 5 Gemeinden; die 17 anderen Gemeinden würden den Stimmberechtigten oder dem Parlament ein Defizit resp. technisch gesagt einen Aufwandüberschuss vorlegen. Bei den Steueranlagen – auch dies immer interessant – sei ihm bis jetzt keine einzige grössere Gemeinde begegnet, welche die Steuern im Hinblick auf 2013 senken könne. Das Gros der Gemeinden fahre mit der bisherigen Steueranlage weiter, einige Gemeinden müssten die Steuern per 1. Januar 2013 erhöhen.

Der Gemeinderat habe dem Parlament vor einem Jahr den Finanzplan vorgelegt, in welchem für das Jahr 2013 mit einem Aufwandüberschuss von CHF 2,3 Mio. gerechnet worden sei. Nun werde ein Budget mit einem Defizit von CHF 2,9 Mio. unterbreitet, sprich mit einer Verschlechterung um CHF 0,6 Mio. Selbstverständlich wäre es der Ehrgeiz von jedem Gemeinderat und jedem Finanzvorsteher, dass er nach Möglichkeit ein Budget vorlegen könne, welches besser als der vorjährige Finanzplan sei. Leider sei dies trotz aller Bemühungen nicht gelungen. Welches die Gründe dafür seien? Im Rahmen der grundsätzlichen Entwicklungen – der erwähnten Scherenbewegung "Erträge stabil, teilweise sinkend" versus "steigende Aufwände, zu einem grossen Teil fremdverursacht" – habe man jetzt im Herbst 2012 Steuern für das nächste Jahr budgetieren können, die CHF 1,1 Mio. tiefer seien, als dies vor einem Jahr noch habe angenommen werden dürfen. Mit andern Worten könne gesagt werden: Wenn man nun mit diesen vor einem Jahr prognostizierten Steuern effektiv noch hätte rechnen können, hätte das Ziel, einen besseren Voranschlag vorzulegen als der Finanzplan vorgesehen habe, erreicht werden können. Dies sei nicht befriedigend. Er hätte sich für sein letztes Budget wirklich gewünscht, dem Rat ein besseres Resultat unterbreiten zu können. Er könne aber versichern, dass sehr vieles in Bewegung gesetzt worden sei, um ein Ergebnis zu erzielen, das "möglichst wenig schlecht" sei. Man habe in die Wege geleitet, was möglich gewesen sei. Er sei stolz darauf – und dafür wolle er der Verwaltung ein Kränzlein winden –, dass es einmal mehr gelungen sei, durch extrem starke Zurückhaltung beim Sachaufwand einen kleineren Betrag zu budgetieren, als im Rechnungsjahr 2011 ausgewiesen. Dies sei

für ihn immer ein Zeichen, dass die Verwaltung wirklich wo immer möglich beim Sparen mithilfe.

Es gebe einen zweiten Bereich, der zumindest teilweise beeinflusst werden könne, nämlich der Personalaufwand. Es würden ganz klar sehr viele Kantonsaufgaben vollzogen. Diese seien zu vollziehen, da frage niemand, ob man dies wolle oder nicht. Dazu müsse das entsprechende Personal vorhanden sein und dieses müsse auch vernünftig entlohnt werden können. Darüber hinaus seien aber gewisse Spielräume vorhanden. Woher die Steigerung beim Personalaufwand von 2,3 % komme? 1 % davon seien eingestellt für die leistungsorientierte Entlohnung des Personals gestützt auf Leistungsbeurteilungen, wie dies seit Jahren mit Erfolg gehandhabt werde. Der grössere Teil der Aufwandsteigerung im Personalbereich sei aber auf die Schaffung von neuen Stellen zurückzuführen. Weshalb würden neue Stellen geschaffen? Er könne die Steigerung von 1,3 % anhand von drei Beispielen erklären:

1. Es würden die 180 Stellenprozente im Bereich Schulsozialarbeit zusätzlich geschaffen; er verweise auf das nachfolgend noch zu behandelnde Traktandum 9 betr. definitive Einführung der Schulsozialarbeit. Der Gemeinderat erachte die definitive Einführung der Schulsozialarbeit als sehr sinnvoll, diese sei aber nicht zum Nulltarif zu haben. Während des Pilotprojekts seien die Kosten über einen Investitionskredit gelaufen und hätten die Laufende Rechnung via Abschreibung nur sehr marginal betroffen. Im Jahr 2013 würden diese Kosten nun beim Aufwand in der Laufenden Rechnung voll durchschlagen.
2. Seit Jahren sei es ein Anliegen des Gemeinderats, aber namentlich auch des Parlaments gewesen, dass die Bauverwaltung personell verstärkt werde. Dies sei gemacht worden und die zusätzliche Stelle schlage sich im Voranschlag 2013 erstmals pekuniär nieder.
3. Es herrsche nach wie vor ein zusätzlicher Zustrom bei den Tagesschulen, was sehr erfreulich sei. Dies zeige, dass unser Angebot qualitativ gut sei, geschätzt und in Anspruch genommen werde. Dies bedeute aber auch zwingend, dass wir zusätzliche personelle Ressourcen zur Verfügung stellen müssten, damit einerseits die Qualität sichergestellt werden könne und dies andererseits zum Teil auch vom Kanton vorgeschrieben werde.

Der Zuwachs beim Personalaufwand sei sauber ausgewiesen und er denke, dass alle Anwesenden hinter diesen personellen Massnahmen in den Bereichen Schulsozialarbeit, Tagesschule und Bauverwaltung stehen würden.

Im nächsten Jahr sei im Weiteren ein für die Gemeinde Muri hoher Investitionsblock eingestellt. Dies wirke sich via Passivzinsen resp. Abschreibungen auch auf die Laufende Rechnung aus. Für den Gemeinderat sei es ganz wichtig, dass man nun nicht einfach auf die Investitionsbremse stehe und denke, dies sollten dann unsere Kinder und Kindeskiner lösen. Es werde massgeblich investiert im Umfang von mehr als CHF 9 Mio., aber – und dies wolle er ganz klar festhalten - es würden nicht irgendwelche Wunschprojekte realisiert, sondern es handle sich um ausgewiesene Investitionen, die für unsere Gemeinde sehr wichtig seien.

Zusammenfassend könne gesagt werden, dass der vorliegende Voranschlag an sich nicht befriedigend sei. Aus seiner Sicht sei aber in der relativ widrigen finanzpolitischen Situation, in der wir uns aufgrund der Bewegungen auf der makroökonomischen Ebene befinden würden, ein Optimum herausgeholt worden. Es sei auch sehr wichtig, dass festgestellt werden dürfe, dass der Gemeinderat in den letzten 8 Jahren seine Hausaufgaben im finanzpolitischen Bereich gemacht habe. Er möchte hier noch einmal erwähnen und unterstreichen – dies stehe bereits in der vorliegenden Botschaft –, dass man sich in den zwei ganz entscheidenden Parameter in den letzten 8 Jahren wesentlich habe verbessern können: Einerseits habe die Verschuldung von CHF 48 Mio. auf CHF 30 Mio. zurückgeführt und andererseits habe das Eigenkapital von CHF 9 Mio. auf CHF 18 Mio. – also eine Verdoppelung – erhöht

werden können. Deshalb könne man es sich heute auch leisten, dass das Parlament den unterbreiteten Voranschlag mit gutem Gefühl verabschieden könne. Gleichzeitig sei aber auch klar, dass die weitere Entwicklung sehr genau verfolgt werden müsse. Es müsse auch in Zukunft versucht werden, alle Optionen wahrzunehmen, um den Aufwand auf intelligente Art und Weise im Rahmen zu halten. Der Gemeinderat habe keine automatische Reflexhaltung, die Steuern zu erhöhen; dies sei in der Vergangenheit bewiesen worden. Man werde auch zukünftig beim Aufwand Mass halten müssen und falls nicht anders möglich, werde auch die Ertragsseite angeschaut werden müssen; der primäre Fokus liege aber sicherlich beim Aufwand. Er verweise im Übrigen auf die ausführlichen Unterlagen. Finanzverwalter Beat Schmid und er seien gerne bereit, im weiteren Verlauf des Abends Fragen zu beantworten.

Der Vorsitzende erklärt, gemäss den kantonalen Vorschriften müsse der Voranschlag durch das Parlament zwingend beraten werden. Aus diesem Grund werde die Eintretensfrage nicht gestellt. Zur Beratung schlage er folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen zum Gesamtpaket, Detailberatung in folgender Reihenfolge: Investitionsplan, Finanzplan, Voranschlag 2013, Zusammenstellung der nicht gebundenen Ausgaben.

Es werden keine Einwände gegen dieses Vorgehen erhoben.

Fraktionserklärungen:

Martin Häusermann führt namens der forum-Fraktion aus, bei der Vorbereitung des Geschäfts sei ihm das Zitat von Johann Wolfgang von Goethe in den Sinn gekommen: *"Da steh ich nun, ich armer Tor, und bin so klug als wie zuvor"*. Bestimmt sei auch dieses Jahr der Finanzplan nach bestem Wissen und Gewissen erstellt worden und er sei auch überzeugt, dass der beeinflussbare Sachaufwand restriktiv budgetiert worden sei. Ebenso gewiss sei aber leider auch, dass der kantonale Finanz- und Lastenausgleich eine Tatsache sei und dass die eingeplanten Investitionen wohl eher zu tief angesetzt oder lediglich pro memoria aufgeführt seien. Der Investitionsbedarf in unserer Gemeinde sei aber unbestritten. Wir würden die Investitionen für den Werterhalt der Infrastruktur benötigen und unser Finanzhaushalt werde auch in den kommenden Jahren belastet. Über die Planperiode seien CHF 32 Mio. eingestellt, vermutlich werde sich diese Zahl aber im Verlauf der Zeit noch ändern. Der vorliegende Finanzplan zeige – wie schon der Gemeindepräsident gesagt habe – ein trübes Bild. Der kumulierte Aufwandüberschuss über die Planperiode betrage mehr als CHF 15 Mio. Vermutlich wüssten die meisten der Anwesenden, dass ein Unternehmen mit einem derartigen Finanzplan unverzüglich Massnahmen treffen müsste. Offenbar sei aber jetzt der Zeitpunkt für Massnahmen, die ein ausgeglichenes Budget zulassen würden, nicht gegeben. Der Gemeinderat halte lieber an seinem – nach Meinung des forums irreführenden – Motto "keine Steuern auf Vorrat" fest und lasse die Schulden ansteigen und das Eigenkapital schmelzen. Wohlverstanden gehe dies zu Lasten von kommenden Generationen. Offenbar gelte nun das Motto: "Machen wir uns dieses Geschenk und freuen wir uns darüber".

Zum Thema "langfristige Betrachtungsweise" auf Seite 7 unten der Botschaft – im Votum des Gemeindepräsidenten soeben angesprochen – erlaube er sich ein feedback: Es sei richtig, dass sich Schulden und Eigenkapital über die letzten 9 Jahre positiv entwickelt hätten. Man dürfe aber nicht vergessen, dass dies nur dank ausserordentlichen Sondereffekten zustande gekommen sei. Insbesondere seien Desinvestitionen getätigt und tolle a.o. Erbschaftssteuern eingenommen worden. Das forum werde sich bei der Detailberatung noch einmal melden, unterstütze im Grundsatz aber das Geschäft.

Adrian Kauth erklärt, mit wenig Begeisterung habe die FDP/jf-Fraktion den Investitions- und Finanzplan zur Kenntnis genommen. Die erneute Verschlechterung des Finanzplans für die nächsten 5 Jahre, trotz der im letzten Jahr beschlossenen Steuererhöhung, sei wenig erfreulich. Die Verschlechterung der Eigenkapitalquote und die Erhöhung der Schulden im abgesteckten Planungsfeld nehme in einem nicht mehr akzeptablen Grad zu. Die Fraktion attestiere aber dem Gemeinderat und der Verwaltung, eine gute Arbeit geleistet und soweit möglich auf die Ausgaben eingewirkt zu haben. Die Faktoren für die Verschlechterung würden fast ausschliesslich ausserhalb unseres Einflussbereichs liegen. Zu einem grossen Teil beim Kanton, zu einem weiteren Teil bei der verschlechterten Wirtschaftslage. Der Entscheid des Gemeinderats und der Finanzkommission, den Steuersatz für das Jahr 2013 nochmals auf gleicher Höhe zu belassen, finde die FDP richtig. Sollten sich aber die finanziellen Prognosen im nächsten Herbst nicht wesentlich verbessert haben, müsste über eine erneute Steuererhöhung diskutiert werden. Die FDP/jf-Fraktion stimme den Anträgen des Gemeinderats zu.

Matthias Manz führt namens der SP-Fraktion aus, er erinnere daran, dass vor einem Jahr der letzte Finanzplan im Zusammenhang mit der Festlegung der Steueranlage diskutiert worden sei. Die Mehrheit der Ratsmitglieder sei der Meinung gewesen, eine Steueranlage von 1,07 sei korrekt und die vom Gemeinderat gesehenen schwarzen Wolken seien Schwarzmalerei; es werde ohnehin besser herauskommen, als man annehme. Heute sei festzustellen, dass das Resultat noch schlimmer als damals vorausgesagt und das Defizit höher als vor einem Jahr prognostiziert ausgefallen seien. Er danke Finanzverwalter Beat Schmid dafür, dass er die ganze Rechnung mit dem damaligen Vorschlag der SP – Steueranlage 1,11 – durchgerechnet habe. Man sehe nun immerhin, dass der damalige Antrag der SP nicht einfach so unterbreitet worden sei, sondern dass er eben auf den besseren Pfad geführt hätte, um die Bewältigung der grossen anstehenden Vorhaben zu ermöglichen. Er wolle nun keinen Antrag aus der Hüfte heraus auf Änderung der Steueranlage stellen. Es sei aber evident – und es sei gut, dass der FDP-Fraktionssprecher dies auch so gesagt habe –, dass, wenn es in dieser Tendenz weitergehe, beim nächsten Voranschlag wieder über die Finanzierung der Gemeinde diskutiert werden müsse. Niemand der Anwesenden würde wohl sagen, dass es sich um eine Luxusgemeinde handle, dass Luxusausgaben – sei es in den Schulen, sei es beim Bauen usw. – getätigt würden. Man könne ebenfalls nicht sagen, dass eine riesige Personaldotation in der Gemeindeverwaltung vorliege, sondern wie er dies erlebe, sei der Gemeinderat immer sehr restriktiv und auf der Bremse, wenn es darum gehe, Ausgaben zu tätigen. Die Zahlen würden eigentlich auch klar aufzeigen, dass der Aufwand ungefähr gleich bleibend, jedoch ein Finanzierungsproblem vorliegend sei. Nach heutiger Prognose seien im letzten und in diesem Jahr einfach zu wenig Einnahmen zu verzeichnen, dies "schlecke keine Geiss weg". Der GPK-Sprecher habe gesagt, man müsse sparen oder weniger ausgeben. Aber wo? Bei den ungebundenen Ausgaben – dies würden alle sehen – liege nicht viel drin. Bei den Investitionen könne man ja nicht sagen, z.B. den Kindergarten Melchenbühl würden wir dann in 5 Jahren errichten. Oder die Feuerwehr vertrösten, sie müsse halt nun auf die Werkhofsanierung noch etwas warten. Dies gehe einfach nicht; es handle sich um aufgelegte Projekte, die zwar jetzt zu einigen Spitzen führen würden, die man nun aber einfach durchziehen müsse.

Man müsse dafür sorgen, dass die Finanzausstattung der Gemeinde ausreichend sei. Es könne nicht einfach dem Kanton die Schuld zugewiesen werden. Natürlich sei der von der Gemeinde Muri zu bezahlende Finanzausgleich unglaublich hoch. Aber das Berner Volk habe dies in der Verfassung so bestimmt, indem es einen Finanzausgleich installiert habe. Darin heisse es, es werde angestrebt, dass die Steuerbelastungen im ganzen Kanton aufeinander zusteuern und nicht voneinander wegrücken sollten. Dies bedeute, dass es keine Katastrophe wäre, wenn die Gemeinde

Muri im nächsten Jahr vorübergehend – beispielsweise für 2-3 Jahre – die Steuern erhöhen würde, sondern dies würde dazu führen, dass unsere Gemeinde die Aufgaben, die sie sich vorgenommen habe, auch wirklich finanzieren könne. Der Abbau des Eigenkapitals und der Wiederaufbau der Verschuldung hätten wirklich auch ihre Grenzen. Deshalb mache er dem Gemeinderat im Hinblick auf das kommende Jahr beliebt, die Finanzierungsbasis der Gemeinde wieder genau anzuschauen und eine Diskussion rund um den Steuerfuss für die Jahre 2014 ff zu ermöglichen, falls sich die Lage gleich präsentiere wie jetzt. Im Übrigen unterstütze die SP-Fraktion den vorliegenden Vorschlag.

Fritz Schwander führt aus, auch die SVP-Fraktion sei nicht ganz glücklich über das vorliegende Defizit. Sie sei aber im jetzigen Moment mit den gemeinderätlichen Anträgen einverstanden. Er wolle nicht alles wiederholen, was seine Vorredner bereits gesagt hätten. Auch für die SVP sei es wichtig, dass zu einem späteren Zeitpunkt – vermutlich in einem Jahr – ernsthaft darüber diskutiert werden müsse, wie man weiterfahren wolle. Im Augenblick stimme die SVP-Fraktion den Anträgen des Gemeinderats zu und möchte sich bei dieser Gelegenheit bei Beat Schmid und dem Gemeinderat bestens für die geleistete Arbeit bedanken.

Detailberatung Investitionsplan 2012 – 2017

Kapitel 0, Allgemeine Verwaltung, S. 2
Keine Bemerkungen

Kapitel 1, Öffentliche Sicherheit, S. 3
Keine Bemerkungen

Kapitel 2, Bildung, S. 4 + 5

Stefan Gautschi (forum) verweist auf die Heizungsregulierung im Schulhaus Moos im Betrag von CHF 360'000.00. Er habe dies bereits einmal angesprochen und die Antwort von Rolf Eberhard habe dahingehend gelautet, mit den CHF 360'000.00 müssten in dieser Liegenschaft ein "Pümpeli" ersetzt und eine einfache Temperaturregulierung saniert werden. Selbst wenn es sich nur um 10 % der eingestellten CHF 360'000.00 handeln würde, könnte dies einfach nicht stimmen. Er bitte darum, dies zu überprüfen und allenfalls zu korrigieren.

Hans-Rudolf Saxer führt aus, dieser Punkt sei schon einmal thematisiert und in der Zwischenzeit abgeklärt worden, so dass er heute eine inhaltlich schlüssige Antwort auf diese Frage geben könne. Die Formulierung "Ersatz Heizungsregulierung" sei etwas unglücklich; es sei offenkundig, dass der Ersatz einiger Thermostaten nicht CHF 360'000.00 kosten könne. Nach detaillierten Abklärungen, auch mit dem Energieberater, könne er Folgendes kommunizieren: Unter dem Titel versteckte sich der Ersatz sämtlicher Reglerorganen wie Thermostaten bei der Wärmeerzeugung, Umwälzpumpen, Steuerungen, Thermostatventilen bei der Wärmeverteilung, und zwar bei sämtlichen Gebäuden, die im Gebiet Moos liegen würden. Es handle sich also um den Schultrakt, den Kindergarten, die Abwartwohnung und die Sporthalle. Darüber hinaus müssten die einzelnen Leitungen zwischen den Gebäuden durch die Schieber so weit gebracht werden, dass der Hauswart, Martin Grütter, die Heizung in Zukunft in vernünftiger Art und Weise regeln könne. Es seien keine Ersatzteile mehr erhältlich und nur dank der geschickten Hand von Martin Grütter funktioniere das Ganze noch, wenn auch schlecht. Es sei dringender Handlungsbedarf angezeigt. Es handle sich um ein komplexes Gesamtsystem, welches ersetzt werden müsse, weshalb sich der Betrag aufgrund von Schätzungen auf CHF 360'000.00 belaufe. Was damit erzielt werden können, seien Energieeinsparungen. Wie viel konkret eingespart werden könne, könne im Moment noch nicht gesagt werden.

Nächstes Jahr werde dem GGR ein entsprechender Kreditantrag vorgelegt und bei dieser Gelegenheit noch weitergehende detaillierte Ausführungen gemacht werden. Es handle sich also um einen umfassenden Ersatz von verschiedensten Teilen der Wärmeversorgung, was sich zu diesem beachtlichen Betrag summiere.

Kapitel 3, Kultur und Freizeit, S. 6 + 7

Keine Bemerkungen

Kapitel 4, Gesundheit / Kapitel 5, Soziale Wohlfahrt, S. 8

Keine Bemerkungen

Kapitel 6, Verkehr, S. 9-11

Marina Graham (forum) erklärt, sie habe eine Frage zu Punkt 04, Seite 10, Areal Bahnhof nord / Begegnungszone. Dort entstehe ja jetzt gerade der Neubau "Alte Teigi". Für das Jahr 2012 seien CHF 100'000.00 vorgesehen und sie frage sich, wofür diese Gelder in den verbleibenden zwei Monaten des Jahres 2012 eingesetzt würden.

Hans-Rudolf Saxer führt aus, um den Bahnhof herum sei in den letzten Jahren sehr viel passiert und der Bahnhof komme heute wesentlich besser daher als früher. Im südlichen Teil habe man mit dem Kreisel ein sauberes "Upgrading" gemacht; dieser Bereich sei ästhetisch gut und attraktiv. Auch der Bahnhof selber habe dank der Mithilfe der Gemeinde aufgewertet werden können. Im nördlichen Teil habe die "Alte Teigi" abgerissen werden können und dort entstehe nun endlich eine ansprechende Situation als Visitenkarte der Gemeinde, wenn man in Gümligen mit der Bahn ankomme. Dort fehle nun noch ein Modul, und zwar sei dies die Gestaltung des Bahnhofplatzes Nord, wo sich die RBS-Station, die Geleise, die Strasse und die paar Parkplätze der SBB befinden würden. Zusammen mit den Investoren der "Alten Teigi" sei vereinbart worden, dass man den Platz gemeinsam aufwerten wolle, namentlich auch für die Fussgängerinnen und Fussgänger. Der Gemeinderat sei zum Schluss gekommen, dort einen Platz – heute sei ja dort kein Platz, sondern eine Fläche, die durch Geleise zerschnitten sei, wo Autos hin- und herfahren würden, etc. – zu errichten. Es handle sich um einen letzten Schritt und danach sei das Eingangstor zu Gümligen auf einem hohen Stand. Der Gemeinderat habe Vorprojekte genehmigt und die Ausführungsplanung in Auftrag gegeben. Er hoffe, dass in Kürze der Öffentlichkeit kommuniziert werden könne, was dort genau laufe. Es werde eine Aufwertung stattfinden und da gleichzeitig auch die SBB Geld in die Hand nehme, um die Situation beim Perronaufgang weiter zu entwickeln, entstehe sicher eine gute Sache.

Peter Kneubühler (FDP) hat eine Frage zu Punkt 01, Seite 9, Dennigkofenweg; (Lärm-) Sanierung und Umgestaltung, dies vor allem im Hinblick auf seine Motion (Traktandum 10), welche die Erstellung eines Radstreifens auf dem Dennigkofenweg verlange. Im Investitionsplan seien für das Jahr 2013 CHF 400'000.00 eingestellt. Es wäre interessant zu erfahren, um was es sich dabei genau handle, da in der Antwort auf seine Motion nichts davon stehe.

Hans-Rudolf Saxer führt aus, die Tatsache, dass in der Antwort zur Motion nichts davon stehe, sei Ausdruck davon, dass man dies im Moment noch nicht im Detail wisse; sonst hätte man dies in der Antwort ausgeführt. Aufgrund von ersten Kostenschätzungen sei man zum Schluss gekommen, dass dort nach heutigem Wissensstand rund CHF 400'000.00 investiert werden sollten. Bei der Lärmsanierung gebe es grundsätzlich zwei Möglichkeiten: Man könne den Belag neu gestalten – so ähnlich wie auf der Thunstrasse –, oder Lärmschutzwände errichten. Man sei im Moment am Abklären, wie eine möglichst intelligente Kombination der Massnahmen gefunden werden könnte, namentlich auch auf der Zeitachse. Zurzeit sei man noch nicht ganz so weit. Da es sich aber klar um einen Betrag handle, der in der Kompetenz des

Parlaments liege, werde dem Rat nächstes Jahr eine glasklare Vorlage vorgelegt, welcher entnommen werden könne, zu welchen Schlüssen man bezüglich des konkreten Vorgehens gekommen sei und was dem Rat empfohlen werde. In der Antwort zur Motion Kneubühler sei auch ausgeführt worden, dass ein gewisser Zusammenhang bestehe mit den Verkehrsmassnahmen beim Autobahnanschluss Muri.

Martin Häusermann (forum) führt ebenfalls zum Dennigkofenweg aus, seiner Meinung nach sei der Betrag von CHF 400'000.00 für eine Lärmsanierung und Umgestaltung recht hoch. Der Betrag sei schon letztes Mal im Investitionsplan enthalten gewesen. Anlässlich einer Erkundigung beim Bereichsleiter Umwelt + Verkehr habe er erfahren, dass der Zustand des Dennigkofenweges gemäss Road Management – Strasseninventar – als gut bewertet werde. Dies heisse, dass eine Sanierung des Oberflächenbelags nicht notwendig sei. Wie vorher zu hören gewesen sei, gebe es einen Vorstoss für Velostreifen, ein Projekt Kreisel A6 und er möchte an dieser Stelle die Planungsverantwortlichen bitten, das Projekt mit Augenmass zu planen und auch frühzeitig den Quartierverein einzubeziehen, insbesondere wenn es darum gehe, irgendetwas mit Versätzen zu machen.

Matthias Manz (SP) erklärt, er habe eine Frage zu einem billigeren Projekt: Welches der Stand der Veloverbindung vom Thoracker zum Saali sei? Es habe geheissen, diese Verbindung werde im Herbst realisiert, sofern keine Einsprachen eingereicht würden. Ob dies im Herbst noch gemacht werde oder erst im nächsten Jahr?

Hans-Rudolf Saxer führt aus, dieses Projekt habe gewisse Verzögerungen erfahren. Rein pekuniär handle es sich um ein Miniprojekt, aber manchmal liege der Teufel im Detail. Es seien sehr viele Partner involviert, die etwas dazu zu sagen hätten oder allenfalls gewisse Beiträge leisten müssten (ASTRA, Kant. Tiefbauamt, Stadt Bern, Grundeigentümer). Die zuständige Sachbearbeiterin bei der Bauverwaltung befasse sich sehr intensiv mit diesem Geschäft. Es werde noch einige Monate dauern, man sei aber dran und das Projekt werde so rasch wie möglich realisiert.

Kapitel 7, Umwelt und Raumordnung, S. 12 + 13

Keine Bemerkungen

Kapitel 8, Volkswirtschaft / Kapitel 9, Finanzen und Steuern, S. 14

Keine Bemerkungen

Zusammenfassung, S. 15

Keine Bemerkungen

Investitionsplan 2012 – 2017 nach Prioritäten, S. 16-20

Keine Bemerkungen

Finanzplan 2012 – 2017

Finanzplan Steueranlage 1.07

Keine Bemerkungen

Detailberatung Voranschlag 2013

Die Beratung des Voranschlags erfolgt kapitelweise nach der Funktionalen Gliederung.

Allgemeine Verwaltung, S. 2-4

Matthias Manz (SP) erkundigt sich bezüglich Konto 029.351.01 Entschädigung an Kanton, um was es sich bei dieser ständig steigenden Servicegebühr handle.

Beat Schmid erklärt, es handle sich tatsächlich um Gebühren, welche die Gemeinden an den Kanton zu bezahlen hätten für die Bearbeitung der Steuererklärungen. Der Ansatz werde vom Kanton festgelegt und jeweils multipliziert mit der Anzahl Steuerpflichtigen.

Auf Frage von Matthias Manz, ob dies demnach bedeute, dass wir immer mehr Steuerpflichtige hätten, erklärt Beat Schmid, es sei wohl eher so, dass der Ansatz ständig erhöht werde.

Öffentliche Sicherheit, S. 5-7

Beat Wegmüller (SP) erklärt, er habe eine Frage resp. eine Bemerkung zum Beitrag an die ZSO Bantiger, S. 7, Konto 160.352.20. Im Voranschlag 2013 seien CHF 165'000.00 eingesetzt. Im Jahr 2009 habe die Rechnung einen Betrag von CHF 87'956.00 ausgewiesen. Seit 5 Jahren habe sich der Beitrag an die ZSO Bantiger somit fast verdoppelt. Im November 2005 habe der Grosse Gemeinderat der regionalen Lösung der Zivilschutzorganisation Bantiger zugestimmt. Die SP habe damals darauf hingewiesen, dass Fusionen nicht immer billiger seien. Man habe seinerzeit mit Kosten von CHF 9.10 pro Einwohner gerechnet. Nun seien wir bei Einwohner und Kopf schon bei über CHF 13.00. Er möchte vom Gemeinderat zu dieser Erhöhung in den 5 Jahren eine Erklärung. In der Fraktion habe jemand treffend gesagt, die Bedeutung des Zivilschutzes würde abnehmen, die Kosten zunehmen.

Christian Staub führt aus, er bedanke sich vorab bei Beat Wegmüller dafür, dass er diese Frage im Voraus gestellt habe, so dass er die nötigen Abklärungen habe treffen können. Bei der ZSO Bantiger handle es sich um einen Zusammenschluss von 6-7 Gemeinden, die im Raum Bantiger beheimatet seien und die ZSO gemeinsam führen würden. Dies sei eine Absicht und eine Strategie, da der Kanton den Gemeinden beliebt mache, dass man sich zusammenschliesse, um die Kosten besser bündeln und sinnvoller einsetzen zu können. Die Budgetsteigerung der vergangenen Jahre stehe im Zusammenhang mit gestiegenen Personalkosten im Rahmen der ZSO selber. Man habe dort angefangen mit einem Leiter, mit einer kleinen Administration. In der Zwischenzeit sei das Ganze gewachsen, auch durch mehr Aufgaben – vor allem im Materialbeschaffungsbereich –, was dazu geführt habe, dass die Fachkommission, die der ZSO vorstehe, beschlossen habe, zusätzlich 120 Stellenprozente zu schaffen. 50 % dieser 120 Stellenprozente würden aus der Gemeinde Ostermundigen kommen, die Sitzgemeinde der ZSO Bantiger sei und welche bisher die 50 % selber finanziert habe; diese seien übernommen worden. Der Grund sei der, dass man nun die ganzen Verwaltungen und Materialbewirtschaftungen von allen ZSO-Gemeinden gemeinsam durch die ZSO machen lasse und nicht mehr durch die Gemeinden selber. In den Gemeinden werde der Aufwand hinuntergefahren – bei uns sei dies Rudolf Bigler, der diese Aufgaben wahrnehme und dessen Aufwand nun kleiner sei – und bei der ZSO hinaufgefahren. Vor allem im Beschaffungsbereich könne durch die Bestellung von grösseren Mengen wesentlich günstiger eingekauft werden und der Einsatz der Mittel könne klarer geregelt werden. Bis anhin habe jede Gemeinde etwas Weniges gehabt, aber keine dasjenige, was im Moment gerade gebraucht worden sei. Nun habe man das zentralisiert und er denke, dass dies eine gute Lösung sei. Er könne Beat Wegmüller bestätigen, dass die dahinter stehende Absicht nichts damit zu tun habe, dass die Zivilschutzorganisation nächstens abgeschafft werden sollte, sondern dass es einzig und allein um die Effizienz gehe. Wenn man die Organisation nicht brauche, wisse man gar nicht, wie schlagkräftig sie sei. Er wolle kurz einen Vergleich mit anderen ZSO anstellen. Der pro-Kopf-Beitrag der Gemeinde Muri liege im Moment bei CHF 13.19, abzüglich CHF 1.75 für Rücker-

stattung von Materialanschaffungen, was netto CHF 11.44 ausmache. Bei der ZSO Bern plus – die ZSO der Stadt Bern, welcher sich auch die Gemeinden Zollikofen und Münchenbuchsee anschliessen würden – seien es CHF 10.50, ZSO Kiesental CHF 14.60, ZSO Wohlensee CHF 10.00, ZSO Jungfrau CHF 15.00, ZSO Burgdorf CHF 14.00, ZSO Aaretal CHF 15.00. Wir würden sicherlich im unteren Bereich der pro-Kopf-Belastung liegen. Er sei Mitglied der Fachkommission und sein Ziel sei es, dafür besorgt zu sein, dass dieser Betrag nicht immer ansteige. Auf der anderen Seite dürfe sicherlich festgehalten werden, dass es sich um eine funktionierende Organisation handle. Anhand der geleisteten Einsätze – z.B. im Zusammenhang mit dem Hochwasser in Stettlen im vorletzten Jahr, aber auch an anderen Orten – habe man dokumentieren können, dass es sich um eine sinnvolle Organisation handle.

Bildung, S. 8-10

Keine Bemerkungen

Kultur und Freizeit, S. 11-13

Keine Bemerkungen

Gesundheit, S. 14

Keine Bemerkungen

Soziale Wohlfahrt, S. 15-19

Keine Bemerkungen

Verkehr, S. 20 + 21

Stefan Gautschi (forum) erklärt, bei der Gebühr Regenabwasser, S. 20, Konto 620.312.40, handle es sich seiner Meinung nach mit CHF 331'000.00 um einen exorbitanten Betrag. Er habe sich schon vor einem halben Jahr erkundigt, wohin dieses Geld gehe, was damit passiere, welche Leistung wir dafür erhalten würden. Die Frage sei nicht beantwortet worden, obwohl er gehofft habe, man komme auf ihn zu. Er sei dann zu den Gemeindebetrieben gegangen und es sei ihm gesagt worden, dass wie bei den Grundstücken, wo eine Regenabwassergebühr von CHF 1.00 erhoben werde, dasselbe bei den Strassen gemacht und quasi 1:1 überwältzt werde. Als er etwas nachgehakt habe, sei man irgendwie über die Idee "Lenkungsgebühr" gestolpert. Diese Idee würde ja dann bedeuten, dass etwas unternommen würde, um zu verhindern, dass eine Regenabwassergebühr bezahlt werden müsste. Nun sei natürlich seine Frage, was die Gemeinde mache, damit Regenabwassergebühren gespart werden könnten. Man wisse es nicht, wolle nicht daran feilen und lasse es deshalb einfach sein. Für Werterhaltungsmassnahmen von Strassen würden pro Jahr CHF 500'000.00 oder CHF 600'000.00 ausgegeben und darin sei die Entwässerung inbegriffen. Wenn dies nun verglichen werde mit dieser Gebühr von CHF 331'000.00, so habe man einerseits eine Strasse, die zum Befahren da sei, aber andererseits auch, um Regenabwasser abzuführen. Wenn er eine Liegenschaft hätte, bei welcher die Hälfte der Werterhaltungskosten für die Entwässerung anfallen würde, so müsste er sich sagen, da stimme doch etwas nicht. Man sehe auch, dass die Gebühr konstant bleibe, es werde nichts angepasst und es finde keine Verbesserung statt. Dies erachte er als sehr störend und er möchte anregen, diese Gebühr einmal zu hinterfragen und zu optimieren. Wir hätten ein verschmutztes Abwasser, wenn es auf die Strasse regne, damit ein grosses Problem mit dem Regenabwasser und er habe diesbezüglich mit dem ASTRA über den kommenden Kreisel gesprochen. Der Vorsitzende fordert den Sprechenden auf, auf das Thema zurückzukommen. Das Thema sei, dass die Benützergebühr des Abwassers von CHF 2.00 auf CHF 1.80 gesenkt werde. Die Abwassergebühren würden gut dastehen, die Steuern würden schlecht dastehen. Für ihn sei es sehr störend, dass die Abwassergebühr reduziert werde, aber die Regenabwassergebühr nicht.

Hans-Rudolf Saxer führt aus, die Diskussion über Sinn oder Unsinn der Regenabwassergebühr sei hier in diesem Rat am 22. Januar 2002 geführt worden. Der GGR habe damals das Abwasserreglement beraten, erlassen und die Regenabwassergebühr neu eingeführt. Weshalb? Es sei relativ klar und einsichtig, dass eine Dimensionierung von sämtlichen Anlagen im Abwasserbereich sehr eng verknüpft sei mit den Mengen von Wasser, die entsorgt werden müssen. Je mehr Flächen in der Gemeinde bestehen würden, die versiegelt seien – sprich Strassen, Vorplätze –, umso mehr müsse die Dimensionierung der Abwasseranlagen erhöht werden. Die Regenabwassergebühr sei eingeführt worden, da man dem Verursacherprinzip habe nachleben wollen. Dies bedeute, dass Leute mit grossen Grundstücken, welche zum Teil noch versiegelt seien, mehr Regenabwassergebühr zu entrichten hätten als solche, die nur über eine kleine Parzelle verfügen würden. Es handle sich also um die Umsetzung des Verursacherprinzips. Man sei noch einen Schritt weiter gegangen mit der Idee, einen ökologischen Anreiz zu schaffen – und davon hätten auch sehr viele Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer unserer Gemeinde Gebrauch gemacht –, indem man dort, wo es möglich gewesen sei, Versickerungen gemacht habe, z.B. mit Rasengittersteinen o.ä. Wenn das Wasser also auf einem Vorplatz versickern könne, werde die entsprechende Fläche bei der Regenabwassergebühr nicht berechnet. Es handle sich demnach a) um eine verursachergerechte Finanzierung und b) um einen ökologischen Anreiz, nach Möglichkeit sauberes Wasser versickern zu lassen und nicht in die Kanalisation zu leiten.

Umwelt und Raumordnung, S. 22 + 23

Keine Bemerkungen

Volkswirtschaft, S. 24

Keine Bemerkungen

Finanzen und Steuern, S. 25-27

Keine Bemerkungen

Artengliederung, S. 28-30

Keine Bemerkungen

Produktgruppenbudget Feuerwehr AMG 2013

Keine Bemerkungen

Zusammenstellung der wesentlichen, nicht gebundenen Ausgaben

Keine Bemerkungen

Das Schlusswort wird weder von Béla Eber noch von Hans-Rudolf Saxer verlangt.

Beschluss (36 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

1. Der Investitionsplan der Einwohnergemeinde für die Jahre 2012 - 2017 wird genehmigt.
2. Vom Finanzplan 2012 - 2017 wird Kenntnis genommen.
3. Für generelle und individuelle Besoldungsanpassungen werden im Voranschlag 2013 insgesamt maximal 1,0 % zur Verfügung gestellt.
4. Der Voranschlag der Einwohnergemeinde für das Jahr 2013 wird mit folgenden Ansätzen genehmigt:
 - ordentliche Gemeindesteuer im 1.07-fachen Betrag der im Steuergesetz vorgesehenen Einheitsansätze;
 - Liegenschaftssteuer 0,5 ‰ des amtlichen Wertes;
 - Feuerwehropflichtersatzabgabe 2 % des Kantonssteuerbetrags, mindestens CHF 20.00, maximal CHF 400.00;
 - Hundetaxe für jeden in der Gemeinde gehaltenen Hund CHF 100.00.Dieser Beschluss (Ziffer 4) unterliegt dem fakultativen Referendum.

7 Ortspolizeireglement; Teilrevision

Der Vorsitzende orientiert, die GPK habe keinen Sprecher nominiert.

Christian Staub führt aus, er wolle die ausführliche Botschaft mit ein paar Bemerkungen ergänzen. Er wolle hier hervorheben, dass über allem der Grundsatz stehe, dass der Gemeinderat nicht der Meinung sei, in unserer Gemeinde wäre dringend eine Videoüberwachung nötig oder es bestehe irgendwo ein expliziter Bedarf. Es gehe einzig und allein darum, dass die Gemeinde eine gesetzliche Grundlage dafür erhalte, dass so etwas eingeführt werden könnte. Im kantonalen Polizeigesetz würde den Gemeinden die Möglichkeit eingeräumt, bei Bedarf eine Videoüberwachung anzuordnen, aber nur dann, wenn die Gemeinden vorher eine gesetzliche Grundlage geschaffen hätten, d.h. ein eigenes Reglement. Wir würden über ein Ortspolizeireglement verfügen und mit dem vorliegenden Nachtrag könne der entsprechende Passus aufgenommen und damit die Möglichkeit geschaffen werden, bei Bedarf eine Videoüberwachung anzuordnen. Wie der Botschaft zu entnehmen sei, sei es sehr schwierig und mühsam, überhaupt eine Bewilligung für eine Videoüberwachung zu erhalten. Eine solche werde durch die Kantonspolizei erteilt und die Begründung für ein Gesuch müsse ausreichend sein. Auch die anschliessende Auswertung der Videoüberwachung werde durch die Kantonspolizei vorgenommen. Es handle sich also bei den Bändern nicht um ein freies Tummelfeld, um die Bürgerinnen und Bürger auf irgendeine Art und Weise mit einer Videoüberwachung in den Griff zu bekommen. Es sei aber unzweifelhaft so, dass es sich um ein mögliches Instrument für die nächste Zukunft handle, falls weiterhin Schwierigkeiten – vor allem mit Jugendlichen – im Bereich der Schulanlagen auftreten würden. Dies würde aber nicht von heute auf morgen passieren, sei doch der Weg bis zu einer allfälligen Installation von Videokameras beträchtlich lang. Er mache dem Rat beliebt, dem gemeinderätlichen Antrag zu folgen und dem Zusatz, wie er hier vorliege, zuzustimmen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Markus Bärtschi (SVP) führt aus, die SVP-Fraktion als Motionärin danke dem Gemeinderat für diese Vorlage. Sie habe das Rad nicht neu erfunden, die Rahmenbedingungen des übergeordneten Rechts seien relativ eng, dies sei klar und zu er-

warten gewesen. Die SVP sei auch nicht der Auffassung, dass irgendwo dringender Handlungsbedarf bestehe. Es gehe aber darum, dass nun die Grundlagen geschaffen würden, könne es doch nicht sein, dass – wenn Handlungsbedarf erkannt werde – zuerst noch die rechtlichen Grundlagen geschaffen werden müssten. Die Motion sei mit dieser Vorlage per se erfüllt und könne also, unabhängig des Schicksals, das die Vorlage erfahre, abgeschrieben werden. Er mache dem Rat beliebt, dem gemeinderätlichen Antrag zuzustimmen.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss (einstimmig)

1. Der Artikel 23a des Ortspolizeireglements vom 22. Oktober 1985 (Nachtrag III) wird erlassen.
2. Die Motion SVP-Fraktion betr. Videoüberwachung im öffentlichen Raum wird abgeschrieben.

8 Umsetzung des Berner Energieabkommens (BEakom) in den Jahren 2013/2014; Bewilligung Rahmenkredit

Jürg Stettler führt als GPK-Sprecher aus, die GPK empfehle dem Rat, diesen Rahmenkredit gemäss Antrag zu genehmigen. Mit der Unterzeichnung der Leistungsvereinbarung im Februar 2010 habe sich die Gemeinde verpflichtet, gewisse Massnahmen umzusetzen. Der Rahmenkredit von CHF 300'000.00 für die nächsten zwei Jahre sei als Kostendach zu verstehen und bewege sich in einem Rahmen, den die GPK als angemessen erachte. Der Gemeinderat werde aber von der GPK aufgefordert, die Einzelvorhaben sehr gut auf Kosten/Nutzen zu prüfen, der Wirkungsnachweis der eingesetzten Mittel müsse zwingend immer erbracht werden. In diesem Sinn unterstütze die GPK den gemeinderätlichen Antrag.

Kornelia Hässig erklärt, sie freue sich darüber, dass sie an ihrer letzten oder vorletzten Sitzung noch einige Sachen sagen dürfe. Nachdem der Gemeinderat am 3. Februar 2010 – wie hinlänglich bekannt und mehrmals erwähnt worden sei – das Berner Energieabkommen unterzeichnet habe, hätten sich die Verwaltung, die USK und die BEakom-Arbeitsgruppe mit viel Engagement und Enthusiasmus daran gemacht, Projekte aufzugleisen. Man sei immer so vorgegangen, dass man diverse Projekte diskutiert, zusammengefasst und dann dem Gemeinderat einen Objektkredit beantragt habe. In einem solchen Objektkredit seien teilweise diverseste Projekte enthalten gewesen. Es sei dann vorgekommen, dass es bei einzelnen dieser Projekte Verzögerungen gegeben habe, einige nicht hätten abgeschlossen werden können oder auf die lange Bank geschoben worden seien, weshalb der Objektkredit nicht habe abgerechnet werden können. Man habe dann damit begonnen, für neue Projekte neue Kredite zu beantragen. Damit sei man immer über den Stand im Bild gewesen. Mit der Zeit habe dies aber dazu geführt, dass drei laufende Kredite vorhanden gewesen seien und man habe gemerkt, dass dies auch nicht ideal, für die Verwaltung nicht handlich und auch nicht mehr ganz übersichtlich gewesen sei. Man habe sich dann überlegt, wie man dies abwickeln könnte, da das BEakom immer ein Sammelsurium an Projekten – diverseste Massnahmen aus diversesten Gebieten – sein werde. So sei jemand auf die Idee eines Rahmenkredits gekommen. Sie sei sehr glücklich über diese Lösung; es handle sich um eine transparente, handliche und sehr demokratische Lösung, da das Parlament einbezogen werde. Der GGR werde regelmässig – man habe nun einmal alle zwei Jahre festgelegt, es könnten aber auch drei Jahre oder ein Jahr sein; dies sei letztendlich nicht mehr ihr "Bier" – informiert über Fortschritte, über die Realisierung einzelner Projekte etc. Sie gehe davon aus

und hoffe, dass der Rat mit dieser transparenten Lösung einverstanden sei und sie mittrage.

Sie sei zum Teil auch gefragt worden, was man für das Geld erhalte. Man sehe aus der Tabelle in der Botschaft, dass diverse Projekte am Laufen seien oder neu aufgelegt würden. Man bekomme einiges für das Geld, es werde nicht nur Papier produziert. Der Richtplan sei natürlich zurzeit nur ein Papier, sollte aber einmal Auswirkungen haben. Er sei nun in der Phase einer internen Vernehmlassung. Die Inputs der Kommissionen würden verarbeitet, Anpassungen vorgenommen und konkrete Massnahmenblätter erarbeitet. Ferner würde man Grundlagen für die Gebäudesanierungen benötigen und müsse GEAKs erarbeiten. Bei den Riesenprojekten, die zum Teil vorhanden seien – Schulhäuser, Verwaltungsgebäude –, handle es sich um sehr komplizierte Gebäude, wo man nicht einfach einen simplen GEAK machen könne, sondern zum Teil Spezialabklärungen vornehmen und für abzuklärende Details Expertenaufträge vergeben müsse. Dafür werde sicher Geld fließen müssen. Sodann werde Öffentlichkeitsarbeit betrieben. Die Hauseigentümer unter den Anwesenden seien angeschrieben worden – es habe zwar offenbar das eine oder andere Problem gegeben – und hätten schon gesehen, dass es am 14. November einen Anlass geben werde "wie saniere ich mein Haus". Die Schulklassen könnten ferner von Energieunterricht profitieren, damit auch die Jüngsten für das Thema Energie sensibilisiert würden. Der Rat werde in zwei Jahren – wenn er dem Rahmenkredit zustimme – beurteilen können, ob die Energiefachstelle ihre Arbeit gut gemacht habe und wie weit sie gekommen sei. Man habe die Stelle aufgestockt und sie sei optimistisch, dass einiges bewirkt und erreicht werden könne. Sie bitte den Rat, dem gemeinderätlichen Antrag zuzustimmen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Stefan Gautschi führt namens der forum-Fraktion aus, das Geschäft für die Bewilligung des Rahmenkredits von CHF 300'000.00 für BEakom-Projekte sei in der Fraktion im Vorfeld hitzig diskutiert worden. Die Mehrheit habe diesen Betrag von Beginn weg annehmen, einzelne hätten ihn reduzieren und er selber habe ihn sogar zurückstellen lassen wollen. Der Grund für die Zurückhaltung habe in der Qualität des Energierichtplans, der zur Vernehmlassung vorgelegt worden sei, gelegen. Nicht das Büro "Planar" trage die Schuld für diesen Eindruck, sondern die veralteten und falschen Grundlagen, die das Ingenieurbüro von der Gemeinde erhalten habe. Der Energierichtplan bilde den Grundstein für kostenrelevante BEakom-Massnahmen und politische Entscheidungen. Wenn diese auf falschen Grundlagen beruhen würden, sei dies fatal und leiste der Ökologie und den Bürgern einen Bärendienst. Einer solchen Situation wolle man entgegenwirken. Inzwischen habe ein intensiver Mail-Verkehr mit der zuständigen Gemeinderätin stattgefunden. Dabei sei er davon überzeugt worden, dass die Problematik erkannt worden sei, die Grundlagen angepasst würden und für die weitere Mitwirkung eine angepasste Fassung des Energierichtplans erstellt werde. Mit diesem Versprechen könne die forum-Fraktion dem Kredit zustimmen.

Folgende Streitpunkte hätten vorgelegen: Das Abwasser aus Muri würde nach dem Energierichtplan verstromt. Dies werde nun noch während einiger Monate der Fall sein, aber nachher gebe es ein komplett neues Projekt, ein 50-Millionen-Projekt, an welchem sich Muri ziemlich sicher beteiligen werde. Weshalb dies im Energierichtplan nicht erwähnt werde, sei erstaunlich. Es handle sich energetisch um etwas sehr Wichtiges. Zudem werde die Vergärungsanlage KEWU – über welche der Rat vor einem halben Jahr einmal diskutiert habe – im Energierichtplan als Gross-Vergärungsprojekt gepriesen, obwohl dieses ja Schiffbruch erlitten habe. Es gebe vielleicht ein kleines Projekt, dieses werde aber sicher nicht den Strom liefern, der im Richtplan versprochen werde. Ausserdem werde ausgeführt, die Gemeinde Muri werde den Bürgern 15 % Biogas anbieten können. Es werde aber nicht erwähnt, was

Biogas eigentlich sei. Nicht alle Parlamentarier wüssten wohl, dass man nicht Biogas erhalte, wenn man Biogas kaufe; es würden Äquivalente herumgeschoben, es handle sich einfach um eine Buchung. Das physische Biogas werde von den Verbrauchern in der Nähe der Produktionsstätte genutzt. *Der Vorsitzende fordert den Sprechenden wiederum auf, auf das Thema zurückzukommen.* Das Problem sei, dass der Bedarf an Biogas nicht gedeckt werden könne, die Nachfrage sei grösser als das Angebot. Deshalb seien die genannten 15 % erklärungsbedürftig. Dies einige Anpassungen, es seien noch verschiedene mehr eingereicht worden. In diesem Sinn stimme die forum-Fraktion dem gemeinderätlichen Antrag zu.

Beat Schneider erklärt namens der SP-Fraktion, er wolle nicht allzu sehr auf Details bei den Umsetzungsmassnahmen eingehen, es gehe darum, dem Rahmenkredit zuzustimmen. Der Rahmenkredit solle einerseits die Finanzierung der Massnahmen und andererseits die Überwachung und Umsetzung der Massnahmen vereinfachen. Als Mitglied der Umweltschutzkommission habe er am eigenen Leib die Schwierigkeiten mit den verschiedenen Objektkrediten erfahren. Er erinnere sich an die Sitzung vom 3. April, als nach einer längeren Diskussion und Fragen an diejenigen, die eigentlich die Vorlagen hätten kennen müssen, die Geschäfte hätten zurückgewiesen werden müssen, damit die Sachlage geklärt und anschliessend die Fragen hätten beantwortet werden können. Deshalb sei er davon überzeugt, dass dies mit einem Rahmenkredit einfacher und die Arbeit dadurch effizienter werde. In diesem Sinn stimme die SP-Fraktion dem Rahmenkredit zu und empfehle, dem Antrag des Gemeinderats Folge zu leisten.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Jürg Stettler verzichtet als GPK-Sprecher auf ein Schlusswort.

Kornelia Hässig erklärt, sie möchte sich bedanken und sie freue sich darüber, dass zum Abschluss ihrer Legislatur das BEakom damit auf eine saubere finanzielle Basis gestellt werde. Die Verwaltung, die USK und auch die BEakom-Arbeitsgruppe seien sicher froh darüber und sie danke dem Parlament bestens.

Beschluss (einstimmig)

1. Für die Umsetzung des BEakoms in den Jahren 2013 / 2014 wird ein Rahmenkredit von CHF 300'000.00 bewilligt.
2. Die Einzelvorhaben werden durch den Gemeinderat beschlossen.

9 Schulsozialarbeit; definitive Einführung

Jürg Stettler führt als GPK-Sprecher aus, rein finanziell gesehen müsste dieses Geschäft abgelehnt werden. Dies sei aber auch der einzige Wermutstropfen in dieser Geschichte. Nach dem Lesen des Berichts sei die GPK tief beeindruckt und habe viel Respekt vor der Sozialarbeit, die hier zusammen mit den Schulen geleistet werde. Er könne sich kurz fassen: Die GPK empfehle natürlich, die Schulsozialarbeit definitiv einzuführen.

Patricia Gubler erklärt als gemeinderätliche Sprecherin, es freue sie sehr, dass sie dem Rat heute als Abschluss ihrer zweiten Amtszeit als Ressortleiterin Jugend das Geschäft Schulsozialarbeit präsentieren dürfe. Als erstes möchte sie hier René Suter, stv. Abteilungsleiter Soziale Dienste, und seinem ganzen Team auf der Fachstelle ganz herzlich danken. Dank ihm sei das Projekt zu einem solchen Erfolg geworden. Vor gut drei Jahren habe der GGR dem Pilotprojekt einstimmig zugestimmt. Schon damals habe sie die Ratsmitglieder von diesem Angebot für unsere Schulen, Schü-

lerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer sowie Eltern überzeugen können. Oberstes Ziel sei es gewesen, die Schulen niederschwellig zu unterstützen, ein gutes und lernfähiges Klima zu schaffen und frühzeitig bei sozialen Problemen intervenieren zu können. Wichtig sei ihr das präventive Angebot und die enge Verknüpfung mit der Fachstelle für Kinder- und Jugendfragen gewesen. Nach Ablauf der Pilotphase solle nun gestützt auf den Evaluationsbericht der Fachhochschule Nordwestschweiz vom Mai 2012 die Schulsozialarbeit als Angebot für Schülerinnen und Schüler, Schulleitungen, Lehrpersonen und Eltern definitiv verankert werden. Der vorliegende Bericht belege in allen Bereichen eine sehr hohe Akzeptanz sämtlicher Adressaten. Zudem würden die Jahr für Jahr steigenden Fallzahlen die äusserst rege Nutzung des Angebots aufzeigen. Die konzeptionelle Ausrichtung auf Früherkennung und Frühintervention sowie auch auf Prävention habe sich als sehr wirkungsvoll erwiesen. In den vergangenen zwei Pilotjahren seien keine Gefährdungsmeldungen mehr aus den Schulen erfolgt, schwierige und auffällige Situationen seien früh und im freiwilligen Kinderschutzbereich aufgefangen worden. Eine Reihe von Präventionsprojekten – wie z.B. "mein Körper gehört mir", LIFT-Berufsintegration, neue Medien oder Sexualpädagogik – hätten die Schulen und Lehrpersonen in ihrem Auftrag unterstützt und die Schüler in ihrer persönlichen Entwicklung gefördert.

Dem Pilotprojekt seien anfänglich 140 Stellenprozentente zur Verfügung gestellt worden. Meistens seien jedoch noch weitere 40 % aus der offenen Kinder- und Jugendarbeit eingesetzt worden, was bedeute, dass während des Pilots für die Schulsozialarbeit faktisch 180 Stellenprozentente zur Verfügung gestanden hätten. Dies, weil allen Beteiligten sehr schnell bewusst geworden sei, dass die Schulsozialarbeit nicht nur in der Oberstufe, sondern bereits im Kindergarten und in der Unterstufe angeboten werden müsse. Die Leistung, welche im Bericht ausgewiesen werde, sei demnach mit 180 Stellenprozentente erbracht worden. Die Evaluation empfehle aufgrund der hohen und positiven Ergebnisqualität, den Aufwand bei 180 Stellenprozentente zu belassen. Dafür sollten 30 % aus der offenen Kinder- und Jugendarbeit definitiv für die Schulsozialarbeit zur Verfügung gestellt und zusätzlich noch 10 % bewilligt werden. Die zusätzlichen Stellenprozentente sollten dem Kontingent der nicht besetzten Stellen des Stellenplans der Gemeindeverwaltung entnommen werden. Mit 180 Stellenprozentente stehe die Schulsozialarbeit gut da und könne somit ihren Auftrag auch sehr gut erfüllen. Eine weitere Empfehlung aus dem Bericht sei, dass die formal organisierte Unterstellung der Schulsozialarbeit beizubehalten sei. Dies bedeute, dass die Schulsozialarbeit in den Sozialen Diensten eingegliedert werde und dem Ressort Jugend, Kultur und Sport unterstellt sei. Demzufolge werde der Fachausschuss für Kinder- und Jugendfragen als Begleit- und Aufsichtsorgan für die Schulsozialarbeit zuständig sein.

Sie hoffe, dass sie die Ratsmitglieder mit diesen Erläuterungen habe überzeugen können und freue sich, wenn sie dem Antrag des Gemeinderats zustimmen würden.

Eintreten wird nicht bestritten.

Beat Wegmüller führt aus, die SP-Fraktion sei erfreut und dankbar, dass die Schulsozialarbeit in den Schulen von Muri-Gümligen definitiv eingeführt werde, auch wenn es für die Gemeinde etwas koste. Die SP glaube, dass sich die Investition langfristig ausbezahlen werde. Im Gegensatz zum vorgängigen Schulgeschäft habe die Schulsozialarbeit bei den Betroffenen eine hohe Glaubwürdigkeit und Akzeptanz. Er habe den ausführlichen Auswertungsbericht vollständig gelesen. In diesem Zusammenhang sei ihm aufgefallen, dass im dokumentierten Zeitrahmen 25 % der Zeit für Planung, Vorbereitung und Evaluation aufgewendet worden seien. Sein Wunsch und sein Anliegen wären, dass in Zukunft mehr Zeit für die Betroffenen und für die Erarbeitung von Lösungen verwendet würde. Die SP-Fraktion stimme der definitiven Einführung der Schulsozialarbeit zu.

Marcel Kämpf bedankt sich namens der forum-Fraktion beim Gemeinderat für die ausführlichen und ausgezeichneten Unterlagen zu diesem Geschäft. Die Fraktion sei zur Überzeugung gelangt, dass man mit der Schulsozialarbeit in unserer Gemeinde auf dem richtigen Weg sei. Dies könne einerseits dem umfangreichen Bericht – der interessant zum Lesen gewesen sei –, andererseits auch Reaktionen der eigenen Kinder entnommen werden, die hier zur Schule gehen würden. Die Sache sei, wie schon die GPK gesagt habe, nicht ganz billig. Das forum sei aber davon überzeugt, dass es sich um gut investiertes Geld handle. Einen besonderen Dank möchte er aber auch an die involvierten Stellen und Personen richten, die am Aufbau des Projekts beteiligt gewesen seien. Die zum Teil anwesenden Personen bitte er, den Dank weiterzugeben. Das forum unterstütze den Antrag des Gemeinderats und wünsche weiterhin viel Erfolg.

Ruth Raaflaub erklärt, die FDP/jf-Fraktion begrüsse selbstverständlich die definitive Einführung der Schulsozialarbeit ebenfalls – und zwar einstimmig – und danke an dieser Stelle allen involvierten Personen, die zu diesem Resultat beigetragen hätten, ganz herzlich. Um Probleme schnell und effizient angehen zu können, sei eine regelmässige Präsenz der Schulsozialarbeit mit Büros in den Schulen Moos und Seidenberg sinnvoll und habe sich in der Pilotphase auch bewährt. Durch die besser mögliche Früherkennung von Problemen und das schnelle Einsetzen von präventiven Massnahmen könne ein wichtiger Beitrag zur individuellen Förderung von Kindern und Jugendlichen geleistet werden. Durch die ständige Präsenz von Schulsozialarbeitern in den Schulanlagen werde auch die Zusammenarbeit der Lehrkräfte mit den Schulsozialarbeitern erleichtert. Wichtig erscheine der FDP, dass die Eltern, aber auch die Schülerinnen und Schüler, regelmässig über die Tätigkeit der Schulsozialarbeit mit Flyern resp. an Elternabenden informiert würden. Nur so könne einermassen sichergestellt werden, dass sich die Zielpersonen auch wirklich bei Problemen an die Schulsozialarbeiter wenden würden.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird weder von Jürg Stettler noch von Patricia Gubler verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Die Schulsozialarbeit wird an den Schulen von Muri bei Bern per 1. März 2013 definitiv eingeführt.

10 **Motion Kneubühler (FDP) betr. durchgehender beidseitiger Velostreifen für den Dennigkofenweg**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Christian Staub verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Peter Kneubühler (FDP) erklärt, er sei mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat einverstanden. Der Hauptgrund dafür sei, dass er gesehen und begriffen habe, dass der Gemeinderat einen gewissen Handlungsspielraum benötige. Einerseits habe man die CHF 400'000.00 für die Lärmsanierung und Umgestaltung Dennigkofenweg – die schon unter Traktandum 6 erwähnt worden seien – und andererseits den Zusammenhang mit dem Autobahnanschluss Muri, was einen Einfluss auf den Dennigkofenweg habe. Im Text seines Vorstosses schreibe er ausdrücklich, dass sich primär ein Beitrag an die Erhöhung der Verkehrssicherheit durch den Velostreifen ergeben sollte und er verweise in der Begründung auch auf die Analogie Aebnitstrasse,

welche so gestaltet sei, wie er dies beim Dennigkofenweg gerne hätte. Es gefalle ihm nun nicht sehr, dass in der Antwort des Gemeinderats weder zur Verbesserung der Verkehrssicherheit noch zur Analogie zur Aebnitstrasse Stellung genommen werde. Es seien vor allem Ausführungen zum Verkehrsfluss, zu möglichen Problemlösungen und zu Massnahmen im Zusammenhang mit dem neuen Autobahnanschluss Muri enthalten. Er bitte den Gemeinderat, dies noch mitzunehmen. Es gehe wirklich um die Verkehrssicherheit der Radfahrer, es habe dort im Moment keine Velostreifen und er sei der Meinung, diese Situation sollte nicht weiterhin so beibehalten werden. Er denke, in den CHF 400'000.00 habe es sicher noch Platz für etwas Farbe für das Anbringen von Velostreifen am Dennigkofenweg. Dies könnte ja dann schon nächstes, allenfalls übernächstes Jahr geschehen.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Christian Staub führt in seinem Schlusswort aus, er teile die Meinung von Peter Kneubühler nicht ganz. In der Stellungnahme des Gemeinderats sei eine Antwort enthalten, es stehe nämlich im 3. Abschnitt bei der Aufzählung: "Einrichtung einer Kernfahrbahn mit beidseitig markierten Velostreifen". Ob dies dann so realisiert werde oder nicht, werde sich zeigen. Was die Farbe betreffe, so werde wohl noch darüber gesprochen, man wisse ja, dass dies ein spezielles Thema sei im Rahmen von Strassensanierungen. Er wolle hier nochmals ausdrücklich erwähnen, dass es dem Gemeinderat ein sehr grosses Anliegen sei, dass hier eine Lösung gefunden werden könne, die auch den schwächsten Verkehrsteilnehmern – den Velofahrern – gerecht werde. Nicht zuletzt deshalb, da auf dieser Strecke ja auch der Bus verkehren werde und da man wisse, dass das Tempo meistens am Limit des Erlaubten liege; dies sei aufgrund von Messungen festgestellt worden. Er hoffe, der Vorstoss werde als Postulat überwiesen. Es werde alles daran gesetzt, um die Anliegen von Peter Kneubühler zu befriedigen, so dass er anschliessend sagen könne, dies sei nun eine gute Sache geworden.

Beschluss (einstimmig)

Das Postulat Kneubühler (FDP) betr. durchgehender beidseitiger Velostreifen für den Dennigkofenweg wird überwiesen.

11 **Überparteiliche Motion zur Schaffung einer parlamentarischen Regional- oder Agglomerationskommission**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Hans-Rudolf Saxer verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Beat Schmitter (FDP) bedankt sich im Namen der Motionäre beim Gemeinderat und bei der Verwaltung für die saubere Aufarbeitung der Antwort und für die Bereitschaft, die Schaffung einer Agglomerationskommission zu unterstützen. Die Motionäre seien der Meinung, dass die vorgeschlagene Variante nach Ziffer 3 b) der Antwort – sprich in einer ersten Phase die Schaffung einer nichtständigen Kommission nach Art. 17 der Geschäftsordnung des GGR – ein sinnvoller Weg sei. Dementsprechend seien die Motionäre mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat einverstanden und würden dem Rat gleichzeitig beantragen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Grosse Gemeinderat setzt eine nichtständige Agglomerationskommission gemäss Art. 17 der Geschäftsordnung ein.
2. Mit der Ausführung dieses Beschlusses wird das Büro des Grossen Gemeinderates beauftragt.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss (einstimmig)

1. Der Grosse Gemeinderat setzt eine nichtständige Agglomerationskommission gemäss Art. 17 der Geschäftsordnung ein.
2. Mit der Ausführung dieses Beschlusses wird das Büro des Grossen Gemeinderates beauftragt.
3. Das überparteiliche Postulat zur Schaffung einer parlamentarischen Regional- oder Agglomerationskommission wird überwiesen.

12 Motion forum betr. Einführung eines Ortsbusses

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Christian Staub verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Marina Graham (forum) erklärt, die forum-Fraktion sei mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat einverstanden. Zudem sei das forum sehr erfreut darüber, dass der Gemeinderat den Vorstoss ernst genommen und erkannt habe, dass es in Anbetracht der demographischen Entwicklung absolut nötig sei, neue Mobilitätslösungen zu evaluieren. Wichtig wäre auch, herauszufinden, in welchen Gemeinden Rufbusse eingesetzt und welche Erfahrungen damit gemacht würden. Das forum werde das Postulat im Auge behalten, damit es in der neuen Legislatur nicht in einer Schublade lande. Sie wünsche sich, die Resultate der Überprüfung sobald als möglich in diesem Gremium weiter diskutieren zu können.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss (33 Ja / 3 Nein)

Das Postulat forum betr. Einführung eines Ortsbusses wird überwiesen.

13 Postulat Humm (EVP) betr. unbefriedigender Abfallsituation am Aareufer

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Kornelia Hässig verweist als gemeinderätliche Sprecherin auf die umfangreiche Stellungnahme des Gemeinderats. Wie den Ausführungen zu entnehmen sei, sei bezüglich Abfall an der Aare einiges im Tun. Derzeit im Gang seien die Bauarbeiten; der Grosse Rat habe den Kredit für den Schutz unseres Grundwassers und für die Renaturierungen ja gesprochen. Die Arbeiten sollten bis im nächsten Frühling abgeschlossen sein und das Ziel der Verwaltung sei es, ebenfalls bis im Frühjahr das ganze Abfallproblem in den Griff zu bekommen. Diese Woche habe die Startsituation mit dem Kanton stattgefunden. Die Angelegenheit müsse koordiniert werden, wir seien eine der ersten Gemeinden, die mit dem Abfallproblem vorangehe. Wie genau vorgegangen werde, wisse sie nicht, da wie gesagt erst die Startsituation stattgefunden habe. Das Problem sei aber erkannt und es werde sicher etwas vorgekehrt. Man hoffe, dass die Situation im Frühling besser sei. Sollte dies nicht der Fall sein, könne wieder darüber diskutiert werden.

Martin Humm (EVP) bedankt sich für die sehr ausführliche Antwort des Gemeinderats. Er habe sich sehr ernst genommen gefühlt. Das Problem des Abfalls am Aareufer sei sehr vielschichtig, es handle sich um eine äusserst sensible Zone, die sehr genutzt werde. Littering sei etwas, was bekämpft werden müsse und es sei sehr

positiv, dass das Thema weiterverfolgt werde, auch auf kantonaler Stufe. Die Neugestaltung, die im Gang sei, zwingt die einzelnen Spaziergänger zu neuen Wegen und man werde sicher auch neue Wege beim Abfall finden.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Das Postulat Humm (EVP) betr. unbefriedigender Abfallsituation am Aareufer wird überwiesen und anschliessend abgeschrieben.

14 Postulat FDP/jf betr. Lärmbelastung und Sicherheit Flugplatz Bern-Belpmoos

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Kornelia Hässig führt als gemeinderätliche Sprecherin aus, wenn es um den Flughafen gehe, würden die Meinungen sehr auseinander gehen. Während die einen verständlicherweise den Fluglärm als störend empfinden würden, seien die anderen der Meinung, die Autobahn sei viel schlimmer. Im Rahmen der USK habe man Publikationen gemacht bezüglich des Flughafens und diverse Reaktionen erhalten. Beim Flughafen handle es sich um eine schwierige Problematik. Die Antwort zeige auch etwas auf, dass man nicht sehr viel Handlungsspielraum habe, dies sei zwischen den Zeilen zu lesen. Im Jahr 2011 sei das SIL-Objektblatt (SIL stehe für Sachplan Infrastruktur Flughafen) in den Gemeinden zur Vernehmlassung gewesen und der Gemeinderat habe Stellung genommen. Am 4. Juli 2012 habe der Bundesrat das Papier verabschiedet und auf der BAZL-Seite finde man im Erläuterungsbericht die Stellungnahme zu den Anliegen der Gemeinde. Dort stehe insbesondere zum Wunsch der Festlegung einer Obergrenze für die Flugbewegungen, dass sich das BAZL ganz allein auf sachlich berechenbare Lärmbelastungen abstütze. Die berechenbare Lärmbelastung werde in unserem Gebiet bei den Prognosewerten eingehalten. Sie verweise auf die Prognosewerte auf Seite 3 der Botschaft mit der Passagieranzahl (215'000), den Flugbewegungen (75'000) und den Flugbewegungen nur Linien- und Charterverkehr (6'500). Diese Zahlen würden aus dem Vernehmlassungsexemplar stammen. Die Zahl der Flugbewegungen nur Linien- und Charterverkehr stimme nicht mehr. Im Laufe des Vernehmlassungsverfahrens sei festgestellt worden, dass die Zahl im Jahr 2011 ja bereits überschritten gewesen sei und die Zahl sei nun im Objektblatt auf 12'000 erhöht worden. Man könne davon ausgehen, dass die angestellten Lärmberechnungen auch mit den 12'000 Linien- und Charterflügen noch erfüllt sein würden. Dies nur als Information, damit man wisse, was noch auf uns zukommen könnte.

Neu würden auch bei den Betriebskonzessionen keine inhaltlichen Festlegungen mehr getroffen, es werde alles im Betriebsreglement geregelt. Das Betriebsreglement werde nur aufgelegt, wenn Änderungen im Reglement vorgenommen würden und wenn davon auszugehen sei, dass sich die Änderungen auch auf die Lärmbelastungen auswirken würden. Sie gehe sehr davon aus, dass dies bei der Konzessionserneuerung 2016 nicht der Fall sein werde. Allenfalls werde es trotzdem ein Vernehmlassungsverfahren geben, aber wir hätten vermutlich nicht viel dazu zu sagen. Man könnte vielleicht Verbündete suchen, die derselben Meinung seien wie wir, aber vermutlich müssten wir mit der Situation leben, wie sie sei. Was das GPS-gestützte Anflugsverfahren betreffe, müsse der Gemeinderat auch berücksichtigen, dass nicht so geflogen werde, dass Gümligen mehr Lärm habe, dies wäre dann auch nicht der Sinn. Das Fazit, das gezogen werden müsse sei, dass Wirtschaftsförderung und wohnliche Ruhe manchmal nicht so einfach unter einen Hut zu bringen seien. Als vor Jahren der Verlängerung der Landepiste zugestimmt worden sei, habe man wohl

nicht geahnt, was noch auf uns zukommen werde. Aber es gebe ja noch die Vereinigung gegen Fluglärm, für diejenigen die sich engagieren möchten.

Stephan Lack (FDP) führt aus, die FDP/jf-Fraktion bedanke sich beim Gemeinderat für die ausführliche Stellungnahme und beantrage natürlich, das Postulat zu überweisen. Die Fraktion begrüsse, dass der Gemeinderat die möglichen negativen Entwicklungen des Flugplatzes Bern-Belp auf unsere Gemeinde ernst nehme. Er erlaube sich als Erstunterzeichnender des Postulats noch einige Bemerkungen:

1. Zu den Massnahmen: Die FDP/jf-Fraktion estimierte die Bestrebungen des Gemeinderats, wünsche sich von ihm aber innerhalb der betroffenen Gemeinden – er denke wir seien am meisten betroffen – einen gewissen Leadership. Dies gelte dann für die neue Regierung, die im November gewählt werde.
2. Zu den Flugzeiten, Anflugverfahren, Verkehrszahlen: Dazu wolle er bemerken, dass er ebenfalls – wie der Gemeinderat – eine gewisse Ohnmacht verspüre. Der umtriebige CEO der Skywork habe natürlich ganz andere Zahlen im Businessplan. Er habe diese gerade vor Kurzem veröffentlicht und 200'000 Passagiere würden sicherlich bereits dieses Jahr erreicht, was nota bene der Prognose für 2020 entspreche. Im Interview mit "Der Bund" habe er eine Zahl für das Jahr 2016 von 1 Mio. Passagieren nur von Skywork genannt. Dies sei also der Businessplan von Skywork; er würde das Fünffache gegenüber heute bedeuten. Dazu kämen noch die Passagiere von "Helvetic" sowie sämtliche anderen Flugbewegungen. Er wolle darauf aufmerksam machen – er sei selber Unternehmer –, dass im Hintergrund von Skywork Herr Borer (Rolex-Erbe), im Hintergrund von "Helvetic" Herr Ebner (BZ Bank) stehen würden. Dabei handle es sich um finanzkräftige und langatmige Leute. Noch eine Bemerkung zu den Flugbewegungen: Bei diesem Kommentar des Gemeinderats habe er etwas lachen müssen und er sei irgendwie ungewollt zynisch bei ihm angekommen. Den betroffenen Anwohnern sei es vermutlich egal, ob sie frühmorgens zwischen 06.00 und 08.00 Uhr von drei oder von 10 Flugzeugen geweckt würden. Er habe auch nur einen Wecker auf seinem "Nachtischli". Auf der anderen Seite sei die Analyse gut und wichtig, zeige sie doch auf, dass es ganz wenige Flugzeuge seien, die viele Betroffene am Samstag- und Sonntagmorgen zwischen 06.00 und 08.00 Uhr wecken würden. Mit geringen Massnahmen könnte dort eine bessere Situation geschaffen werden.
3. Zur Konzessionserneuerung: Diesen Punkt nehme er zur Kenntnis; er finde ihn besorgniserregend, bedeute er doch einen gewissen Blankoscheck. Sofern aber die Zahlen nur einigermaßen eintreffen würden, sei wohl die Mitwirkungsmöglichkeit gegeben. Wichtig sei, dass der Gemeinderat dort aufmerksam sei und dran bleibe.
4. Zur Gewährleistung der Sicherheit: Dazu müsse gesagt werden, dass die Anflugsschneise über Elfenau, Vilette und Mettlen – er wohne selber dort – nicht ganz ideal erscheine für gewisse Flugzeugtypen. Nun werde das Pferd am Schwanz aufgezäumt, indem die Anwohner ihre Bäume schneiden müssten, damit die Flugzeuge darüber fliegen könnten. Auch das werde zur Kenntnis genommen, man werde sich entsprechend wehren.

Es würde noch viele Bemerkungen geben, aber die FDP/jf-Fraktion sei mit dem Vorgehen des Gemeinderats einverstanden.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss (33 Ja / 1 Nein / 2 Enthaltungen)

Das Postulat FDP/jf betr. Lärmbelastung und Sicherheit Flugplatz Bern-Belpmoos wird überwiesen.

15 Interpellation Wegmüller (SP) zur Turnhalle der International School of Berne AG

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Hans-Rudolf Saxer verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Beat Wegmüller (SP) bedankt sich beim Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation. Nun sei man im Bild und könne nur noch hoffen, dass es so ausgeführt werde. Was ihn erstaune sei die Bemerkung des Scheiterns der Verhandlungen zwischen der ISB und dem BSV Bern Muri. Deshalb seine Fragen an den Gemeinderat: Ob der BSV die Niederlage einfach so hingenommen oder wenigstens für ein Unentschieden gekämpft habe? Ob der Gemeinderat die Verhandlungen zwischen ISB und BSV praktisch und positiv unterstützt oder eine Lösung für den BSV angestrebt habe? Dies gehe aus den Erläuterungen zur Interpellation nicht hervor und würde ihn interessieren.

Hans-Rudolf Saxer führt aus, er könne bestätigen, dass der Gemeinderat sowohl mit der ISB als auch mit dem BSV Bern Muri in engem Kontakt stehe. Die eigentlichen Verhandlungen zwischen ISB und BSV seien – ganz bewusst – nicht unter Beteiligung der Gemeinde über die Bühne gegangen. Er könne nun beurteilen, da er mit beiden Seiten engen Kontakt gehabt habe, dass man schlussendlich unter verschiedensten Titeln habe feststellen müssen, dass sich die ursprünglich als win-win-Situation eingeschätzte Kombination beim Betrachten aller Fakten als Trugschluss erwiesen habe. Der Gemeinderat habe das Scheitern ebenfalls bedauert, wenn man aber die Fakten und Gründe dafür kenne, müsse man nun einfach aus der Situation das Beste machen. Er könne hier auch bestätigen, dass man nach dem Scheitern der Verhandlungen mit beiden Seiten im Gespräch sei und alles in die Wege geleitet werde, um die Sache zu einem optimalen Ende zu bringen. Er hoffe, dass in der Januar-Sitzung des GGR die Motion zu diesem Thema beantwortet werden könne, damit dann ein konkretes und positives Signal vorliege.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

16 Interpellation Manz (SP) betr. Konzept des Gemeinderats für die Besetzung der Kommissionspräsidien

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Hans-Rudolf Saxer verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Matthias Manz (SP) bedankt sich beim Gemeinderat für seine qualifizierte Antwort. Er sei sehr einverstanden damit. Der Gemeinderat habe ihn mehr überzeugt mit seiner Antwort, als die Mehrheit des GGR mit seiner negativen Entscheidung (Traktandum 5).

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

17 Informationen des Gemeinderats

Es erfolgen keine Informationen durch den Gemeinderat.

18 Neue parlamentarische Vorstösse

Motion Näf (SP) betr. Stopp Fluglärm in der Nacht!

Der Gemeinderat wird beauftragt, jede Sonderbewilligung für Starts während der Nachtsperre abzulehnen, falls entsprechende Anfragen des Bundesamtes für Zivilluftfahrt (Bazl) an die Gemeinde Muri gestellt werden.

Begründung:

In seiner Antwort auf das Postulat betreffend Lärmbelastung und Sicherheit Flugplatz Bern-Belpmoos betont der Gemeinderat seine Bereitschaft „die Interessen unserer Gemeinde pro-aktiv und mit Nachdruck einfließen zu lassen“. Gleichzeitig wird aufgezeigt, dass es für die Gemeinde nicht möglich ist, Einfluss auf die Bedingungen der Konzessionserteilung zu nehmen. Wie der „Bund“ in einem umfangreichen Artikel am 25. September 2012 aufgezeigt hat, gibt es aber zukünftig eine Möglichkeit für unsere Behörden zusätzlichen Fluglärm zu verhindern.

Laut neuer interner Grundlagen des Bazl sollen in Zukunft auch die betroffenen Gemeinden Sonderbewilligungen für Starts während der Nachtsperre zustimmen müssen, und zwar bei Bewilligungen, welche weder Notsituationen, Katastrophen noch Massnahmen zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit betreffen. Diese neue Praxis wurde vor dem Hintergrund einer massiven Nachtruhestörung festgelegt: Am 15. August, ein Uhr morgens, donnerten zwei Passagierjets über Muri-Gümligen hinweg mit nachfolgenden Klagen von zahlreichen Personen aus unserer Gemeinde. Entgegen Artikel 39d der Verordnung über die Infrastruktur für die Luftfahrt handelte es sich nicht um eine Notsituation, sondern um die Rückflüge von zwei Fussballmannschaften. Der zuständige Direktor des Bazl hatte offensichtlich die geltende Regelung sehr weit ausgelegt. Damit Ähnliches nicht weiter geschieht oder sich sogar auf Kosten der Bevölkerung häuft, erhält nun die Gemeinde Muri die Möglichkeit, solche fragwürdigen Sonderbewilligungen zu verhindern. Die Motion verlangt entsprechend, dass der Gemeinderat seine Zustimmung zu Sonderflügen während der Nachtsperre grundsätzlich verweigert.

Muri, 23. Oktober 2012

Virtudes Näf-Piera (SP)

K. Stäheli, M. Manz, M. Graham, B. Wegmüller, S. Lack, J. Brunner, D. Ritschard, H. Treier, A. Ferreira, B. Schmitter (11)

Postulat Kauth/Raaflaub (FDP) betr. "Sanierung" Füllerichstrasse, Gümligen

Der Gemeinderat wird eingeladen, die in Bezug auf Lärmentwicklung und Verkehrssicherheit unbefriedigende Situation auf der Füllerichstrasse seit deren Belagsanierung von Anfang Oktober 2012 zu prüfen und zu beheben.

Begründung

Anfang Oktober 2012 wurde der Deckbelag der Füllerichstrasse zwischen dem Schulhaus Seidenberg bis fast zum Gümligenzentrum in einer Schnellaktion saniert. Seit diesem Zeitpunkt sind für die Anwohner und die Benützer der Strasse die Abrollgeräusche der Autos deutlich höher und unangenehmer. Zudem ist der neue Belag wegen seiner groben und zum Teil unebenen Flächen vor allem für Zweiradfahrer (Fahrrad, Roller, Motorrad) gefährlich.

Diese rasch durchgeführte Sanierung erstaunt umso mehr, als der Gemeinderat in seiner Antwort zum SP-Postulat betreffend "Flüsterbelag auf den Strassen von Muri-

Gümligen" vom März 2012 eine Sanierung von geeigneten Strassen mit lärmarmen Belägen in Aussicht gestellt hatte.

Die Sanierung der beiden anderen Ortsverbindungsstrassen (Tannacker- und Thorackerstrasse) wurden deshalb auch bei der kürzlich vorgenommenen Erneuerung mit einem Belag saniert, der entsprechend ruhiger und angenehmer für alle Anwohner und Verkehrsteilnehmer ist. Auch die geplante Sanierung des Dennigkofenwegs sieht einen Einbau eines lärmreduzierenden Belags vor.

Ab November 2012 wird durch die Neueröffnung des Gümligenzentrums auf der Füllerichstrasse mit einem dauerhaft erhöhten Verkehrsaufkommen zu rechnen sein. Deshalb ist die Sanierung mit dem erwiesenermassen schlechten Deckbelag unverständlich und muss dringend einer Prüfung unterzogen werden.

Gümligen, 23. Oktober 2012

Adrian Kauth (FDP)
Ruth Raaflaub (FDP)

A. Ferreira, D. Ritschard, J. Brunner, B. Wegmüller, K. Stäheli, U. Wenger, M. Graham, M. Kästli, A. Bärtschi, A. Damke, J. Gossweiler, P. Kneubühler, D. Bärtschi, B. Schneider, E. Mallepell, S. Lack, F. Burkhard, M. Manz, S. Gautschi, Ch. Grubwinkler, V. Näf, J. Aebersold, F. Schwander (25)

Interpellation Wegmüller (SP) zum Erhalt des "Blauen Bähnli" Bern – Muri – Gümligen – Worb

Wie aus der Tagespresse entnommen werden konnte, plant das Bundesamt für Verkehr, bei regionalen Bahnlinien mit einem Kostendeckungsgrad von weniger als 50 Prozent eine Umstellung auf Busbetrieb zu prüfen. Gemäss der veröffentlichten Liste ist auch die Linie 6 Bern – Muri – Worb ("Blaueres Bähnli") betroffen.

Der Gemeinderat wird in diesem Zusammenhang ersucht, folgende Fragen zu beantworten:

1. Teilt der Gemeinderat die Auffassung der SP, dass eine solche Umstellung der Strecke Bern – Muri – Gümligen – Worb auf Busbetrieb die Verkehrssituation in unserer Gemeinde deutlich verschlechtern würde und nicht hingenommen werden kann?
2. Was unternimmt der Gemeinderat, um sich gegen eine Umstellung auf einen Busbetrieb zu wehren und den Erhalt des "Blauen Bähnli" sicherzustellen?
3. Ist der Gemeinderat bereit, sich ungeachtet der Pläne des Bundes weiterhin für die Anschaffung von neuem Rollmaterial für die Linie 6 einzusetzen?
4. Ist der Gemeinderat bereit, sich für die bereits projektierte Wendeschleife beim Siloah Gümligen mit allen Mitteln zu verwenden?
5. Wie plant der Gemeinderat, die Bürgerinnen und Bürger in den Kampf um den Erhalt des "Blauen Bähnli" einzubeziehen?

Gümligen, 23. Oktober 2012

Beat Wegmüller (SP)

Einfache Anfrage Grütter (SVP) betr. Auftragsvergaben durch Gemeindeverwaltung

Nach welchen Grundsätzen vergibt die Verwaltung Aufträge, z.B. die Sozialen Dienste bei Liegenschaftsverkäufen für von ihnen vertretene Personen?

Werden die ortsansässigen Gewerbetreibenden mindestens zur Offertstellung eingeladen? Oder wird die Vergabe sogar ausgeschrieben?

Anlass zur Frage gibt folgender Sachverhalt:

Die Sozialen Dienste Muri verkaufen für M.R. eine Eigentumswohnung am Dennigkofenweg 39 in Gümligen. Beauftragt ist Cazzaniga Silvano, eidg. dipl. Immobilien-treuhänder, Selibühlweg 15, 3076 Worb/BE. Das Objekt war, wie heute üblich, im Internet aufgeschaltet. Eine interessierte Gemeindegängerin meldete sich für eine Besichtigung. Eine Antwort liess zehn Tage auf sich warten. Die aufgeschaltete Dokumentation ist nicht sehr "anmüchelich" und redaktionell auch nicht gerade sorgfältig ausgearbeitet, siehe http://www.immoscout24.ch/objekte/1000/439/misc/media_2517662_01.pdf.

In unserer Gemeinde gibt es zahlreiche qualifizierte Immobilientreuhänder. Ohne grossen Aufwand sind (in alphabetischer Reihenfolge) auszumachen

- Engel & Völkers
- Graf-Riedi AG
- Kellenberger Elisabeth
- Krebs Immobilien
- Lietreu, Andreas Tellenbach
- Mikhail Silvia
- Privera AG
- Rellstab Immobilien
- Weyermann Immobilien
- Zollinger Immobilien

neben zahlreichen anderen.

Da derartige Aufträge in aller Regel zu Vermittlungsprovisionen von um 3 % führen, was im vorliegenden Fall rund CHF 15'000.- ausmacht, stellt sich die Frage, nach welchen Kriterien solche Aufträge vergeben werden.

Gümligen, den 16. Oktober 2012

Urs Grütter (SVP)

Einfache Anfrage Grütter (SVP) betr. Baustellenorganisation in der Gemeinde

Warum besetzt der Generalunternehmer, welcher die Überbauung „Zentrum Moos“ in Gümligen realisiert, nach wie vor einen Teil der Moosstrasse, sämtliche Parkplätze und das Trottoir, obwohl er eine zweistöckige, sattelschleppergängige Einstellhalle besitzt?

Welchen Betrag bezahlt der Generalunternehmer monatlich für diese Inanspruchnahme des öffentlichen Grundes?

Warum besetzt die Bauunternehmung „Implenia“ die restlichen Parkplätze an der Moosstrasse exakt zur gleichen Zeit?

Wer ist für die Koordination und die Organisation dieser Baustellen und die Aufrechterhaltung der Zufahrt zu Füllerichzentrum, Migros und Coop verantwortlich?

Will der Gemeinderat die Bevölkerung von Gümligen dazu erziehen, in Muri, Worb und Ostermündigen einkaufen zu gehen?

Begründung:

Seit Monaten leidet die Bevölkerung – von den Gewerbetreibenden nicht zu sprechen – unter einer euphemistisch als „suboptimal“ zu bezeichnenden Baustellenorganisation im Zentrum von Gümligen. Ohne jede Rücksicht auf die Bedürfnisse der Bevölkerung wird seit Monaten gewerkelt und gebastelt unter In-Anspruchnahme unverhältnismässig grosser Flächen, welche für eine vernünftige Zufahrt zu den Geschäften dringend nötig wären.

Gegen eine kurze Inanspruchnahme dieser Flächen für diejenige Zeitdauer, wo andere Lösungen nicht möglich sind, wäre nichts einzuwenden. Die herrschenden Zustände zeigen aber, dass diese Flächen rein der Bequemlichkeit halber besetzt wurden und offensichtlich niemand eine halbwegs akzeptable Baustellenorganisation durchsetzt. Das Vertrauen der Bürgerschaft in die Fähigkeiten unserer Bauverwaltung (in Muri drüben...) wird einer argen Belastungsprobe ausgesetzt.

Gümligen, 23. Oktober 2012

Urs Grütter (SVP)

Mitteilungen

Der Vorsitzende teilt mit, dies sei die letzte GGR-Sitzung im Jahr 2012 und damit auch die letzte in dieser Legislatur gewesen. Er danke allen Parlamentarierinnen und Parlamentariern für die geleistete Arbeit und wünsche allen Wiederkandidierenden bei den Wahlen viel Erfolg.

Stefan Gautschi (forum) und Adrian Kauth (FDP) würden nicht mehr für den GGR kandidieren, Urs Grütter (SVP) und Ursula Wenger (EVP) würden den Rat wegen Amtszeitbeschränkung verlassen. Er wünsche der scheidenden Parlamentarierin und den Parlamentariern alles Gute und viel Spass in der gewonnenen Freizeit.

Insbesondere sei dies auch die letzte GGR-Sitzung gewesen, an welcher Hans-Rudolf Saxer als Gemeindepräsident teilgenommen habe. Er erteile ihm nun das Wort.

Hans-Rudolf Saxer wirft die Frage auf, welchen Auftrag eigentlich die Gemeinde habe. Gemäss Art. 2 Gemeindeordnung sei dies die Förderung des öffentlichen Wohls. Dieser Auftrag richte sich an alle Behörden der Gemeinde Muri, damit insbesondere auch an das Parlament und den Gemeinderat. Demzufolge könne stark vereinfacht gesagt werden, GR und GGR hätten den gleichen Auftrag, der ihnen das Volk mit dem Erlass der Gemeindeordnung erteilt habe. Das Volk erwarte deshalb vom GGR und vom GR, dass sie nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten würden. Es freue ihn ausserordentlich, dass er heute an seiner letzten GGR-Sitzung dem GGR in diesem Sinn ein Kränzlein winden könne. Wenn man beim Lesen der Zeitung teilweise feststellen müsse, wie es bei anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften manchmal zu- und hergehe, sei unschwer erkennbar, dass es nicht selbstverständlich sei, dass ein Parlament und eine Exekutive zusammenarbeite und nicht gegeneinander arbeite. Die hauptsächlichen Aufgaben des GGR seien die Setzung strategischer Vorgaben für den Gemeinderat, die Setzung des Finanzrahmens für den Gemeinderat, die Gesetzgebung und die Oberaufsicht über die Verwaltung. Dies seien die wesentlichsten Kernpunkte. Der Gemeinderat auf der anderen Seite habe

die – zwar sehr schöne aber nicht immer ganz einfache – Aufgabe, die Aufträge umzusetzen, die ihm der GGR erteile und die Gemeinde operationell zu führen.

Wenn er die letzten 14 Jahre seiner politischen Tätigkeit für die Gemeinde Muri bei Bern Revue passieren lasse – 5 Jahre Gemeindeparlament, 9 Jahre Gemeindepräsident –, dürfe er mit Freude feststellen, dass sich das Parlament und die Exekutive gemeinsam für die Förderung des öffentlichen Wohls einsetzen würden; nicht gegeneinander, sondern miteinander. Man könne vereinfacht sagen, dass dies die gute politische Kultur der Gemeinde sei. Er sei überzeugt, dass eine solche wesentlich bessere Resultate bringe, als wenn in einem täglichen Hickhack zwischen Parlament und Regierung versucht werde, sich gegenseitig "Schnägge i Sacke z'stecke" oder sich sonstwie am Arbeiten zu hindern. Ebenfalls sei er überzeugt davon, dass dies auch wesentlich mehr Freude mache und wenn mehr Freude an der Politik vorhanden sei, ergebe dies wiederum bessere Resultate.

Vor diesem Hintergrund sei es ihm ein grosses persönliches Anliegen, das er an den GGR, aber auch an die Mitglieder des künftigen Gemeinderats richten möchte, nämlich dass man Sorge tragen möge zu dieser guten politischen Kultur in unserer Gemeinde.

Er bedanke sich ganz herzlich für das Vertrauen, das ihm in all den Jahren und auch heute Abend wieder entgegengebracht worden sei. Er habe dies sehr geschätzt und versucht, dem gerecht zu werden. Er sei sehr gerne für diese Gemeinde tätig gewesen und werde das Geschehen natürlich auch weiterhin verfolgen, er könne aber versprechen, dass er keine Leserbriefe schreiben werde. Dies vor allem zur Beruhigung von Thomas Hanke, der zwar nicht anwesend sei, dies aber vielleicht in der Zeitung lesen könne.

Er wünsche allen Wiederkandidierenden für den 25. November 2012 "toi toi toi" und viel Erfolg und wiederhole hier sein Anliegen: Tragt Sorge zu unserer politischen Kultur!

Der Vorsitzende erklärt, da die November-Sitzung ausfalle, sei dies auch seine letzte ganze Sitzung auf dem Podium gewesen und er werde sich – sofern er wiedergewählt werde – nachher wieder unten im Saal befinden. Er hoffe, dass der Vizepräsident, der ihn in diesem Jahr tatkräftig unterstützt habe, einen Stuhl weiter rücken dürfe. Er wünsche allen noch einmal "toi toi toi" für die Wahlen.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Der Präsident: Die Protokollführerin:

Beat Marti

Anni Koch